

Bezugspreis:
Vierteljahr 16.50 RM., monatlich 5.50 RM.
Das meiste Honorar zahlbar.
Bezugspreis monatlich 5.50 RM.
Erlaubnis zur Verbreitung in Deutschland und Österreich-Ungarn
875 Hl. für den übrigen Ausland
12-14 Hl. bei Vorzahlung.
Zustellung
11-12 Hl. + Bahn- u. Postgebühren.
Postbestellungen nehmen an Postamt,
Postfach 10000, Berlin.
Telegraphische Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 6. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Drohung mit Repressalien.

Frankfurt a. M., 5. Februar. (Vig. Drahtber. des
„Vorwärts“.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Pa-
ris gemeldet: Die Vorkonferenz berichtet
über die Deutschland gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen
für den Fall der Weigerung einer Auslieferung der ange-
schuldigten Personen. Die Konferenz sahte Repressalien
ins Auge, darunter den Abbruch der diplomati-
schen Beziehungen, die Verhängung der
Blockade über die deutschen Küsten und die Besetzung
weiterer rechtsrheinischer Gebiete.

Paris, den 5. Februar. (Havas.) In der Kammer-
kommission für auswärtige Angelegenheiten heute Mitter-
nachmittag auf Grund des Textes der Artikel des Vertrages, die
sich mit der Auslieferung der Schuldigen befassen, ausein-
ander, daß das Dokument die wirksamsten Mittel biete, dem-
selben durch Deutschland Achtung zu verschaffen. Er fügte
hinzu, daß die Regierung entschlossen sei, die Durch-
führung des Vertrages mit allen ihr zu
Gebote stehenden Mitteln zu sichern.

Die ins Auge gefaßten, also noch nicht beschlossenen
Repressalien würden, wenn sie zur Anwendung gelangten,
zweifelslos zum völligen wirtschaftlichen und politischen Zu-
sammenbruch Deutschlands führen. Möglicher-
weise könnte sogar schon eine drohende Gestalt allein genügen,
um dieses Ergebnis zu erzielen. Aber besonders werden
können dadurch gar nichts an der Tatsache, daß es keine Re-
gierung in Deutschland gibt, die das Begehren der Entente
zu erfüllen imstande ist. So wenig wie man einen zu-
sammenbrechenden Menschen durch Furcht wieder zu
Kräften bringen kann, so wenig kann man durch Modade
und Befehle eine Regierung in Deutschland schaffen,
die die Kraft hat, Unmögliches möglich zu machen. Als
Mittel, die Auslieferung zu erzielen, wären also die ins
Auge gefaßten Repressalien vollkommen ungewinnlich. Als
zweckmäßig zu ihren Zwecken können sie nur jenen er-
scheinen, denen der Ruin Europas noch nicht vollständig
genug ist.

Die Preussische Landesversammlung hat sich in ihrer
gestrigen Sitzung durch eine Rede ihres Präsidenten, des Ge-
nossen Leinert, der Haltung angeschlossen, die die Re-
gierung und mit ihr das Volk von keinen Bruchteilen abge-
sehen, in der Auslieferungsrage einnimmt. Die
Sitzung sollte nach der Rede Leinerts geschlossen werden; die
Unabhängigen ließen es sich aber nicht nehmen, durch den
Abg. Adolf Hoffmann ihren eigenen, besonderen Stand-
punkt darzulegen.

Das war begreiflich, da die Unabhängigen zurzeit durch
eigenes Verschulden ihres Sprachrohres in Berlin beraubt
sind. Es ist gewiß ein sehr unerfreulicher Zustand, daß eine
Partei in ihrer Meinungsäußerung so beschränkt ist, wie es
die Unabhängigen augenblicklich sind, und es ist wünschens-
wert, daß er alsbald wieder geändert wird. Aus ihm erklärt
sich das vermehrte Bedürfnis der Partei, sich zu den drängen-
sten Fragen der Politik wenigstens parlamentarisch zu
äußern, und darum war es nicht notwendig, sich über die
Sonderaktion der Unabhängigen zu erörtern.

Es war sogar ganz gut, daß der Abg. Adolf Hoffmann
gehört das Wort nahm, denn seine Erklärung hat gezeigt,
daß keine Partei Deutschlands das Auslieferungsbegehren
der Entente für gerecht hält. Hoffmann sprach von einem
Friedensvertrag, dem wir unter Zwang zustimmen
müßten, und von einem Verlangen, das im Widerspruch zu
den Forderungen der Gerechtigkeit steht. Er sprach vom
siegestrunkenen Militarismus der Entente und von Verbrechern,
die auf beiden Seiten begangen worden sind. Dann
aber vertor sich seine Rede in einen Eiertanz, der in der
Medienart äpfelte: „Wir verwerfen jede Politik, die das
Schicksal des ganzen Volkes wieder aufs Spiel setzt um der
Schicksale einzelner Personen willen“. Aus
den vorangegangenen Ausführungen desselben Redners geht
dabei hervor, daß es sich nicht um das Schicksal einzelner Per-
sonen handelt, sondern um ein Verlangen, das auch nach der
Aufassung der Unabhängigen im Widerspruch mit den
Forderungen der Gerechtigkeit steht. In den Ententeländern
wird man sich nicht wundern, daß ein Verlangen, das selbst
von den Unabhängigen so gekennzeichnet wird, in den übrigen
Teilen des Volkes auf noch härtere Abneigung stößt und daß
die Regierung keine Organe findet, mit deren Hilfe sie jenes
Verlangen eines „siegestrunkenen Militarismus“ befriedigen
könnte.

Adolf Hoffmann sprach von „sittlichen Kräften des Landes,
die für die Durchsetzung der Gerechtigkeit unter den Völkern
und für die Versöhnung der Nationen wirken“, und beschul-
digte die Regierung, daß sie diesen Kräften durch den Vela-

gerungszustand entgegenwirke. Das ist rednerische Dürft,
die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Die kon-
fusen, schemerevolutionäre Politik des linken Flügels der Un-
abhängigen hat durch ihre wilden Angriffe auf die wirtschaft-
lichen und politischen Existenzgrundlagen des Volkes die Wieder-
verhängung des Belagerungszustandes geradezu erzwungen
und die sozialdemokratischen Kräfte, die für die Wieder-
herstellung des normalen Verfassungszustandes wirken, zunächst
schwach gemacht. Es ist lächerlich, zu unterstellen, daß sich
der Belagerungszustand gegen internationale Versöhnungs-
bestrebungen nicht.

Ein schmerzlicher Augenblick für alle Sozialisten war
es, als gestern das Haus in schallendem Gelächter ausbrach
bei der Denkerung Adolf Hoffmanns, er rechne bei Verhören
der Regierung, den Verhandlungsweg zu betreten, auf die
tatsächliche Unterstützung der Sozialdemo-
kratischen aller Länder. Man wäre versucht, hier von
einem hergeversenden Glauben zu sprechen oder von einer
Hoffnung, die noch auf dem Grabe aufgepflanzt wird. Die
Hoffnung wollen auch wir nicht aufgeben, aber tatsächlich
ist doch festzustellen, daß von einer Einwirkung der sozia-
listischen Auslandsparteien auf den Friedensvertrag und seine
Ausführung bisher nicht das allergeringste zu bemerken war.
Das bittere Gelächter, in das die Versammlung bei der Be-
merkung Hoffmanns ausbrach, war begreiflich, und man möchte
wünschen, daß es von den „Wetteren“ Frankreichs und Eng-
lands gehört würde. Es war der Gefühlsausbruch eines
Volkes, das an Gerechtigkeit zu glauben mit jedem Tage mehr
verlernt.

Zustimmen kann man dem unabhängigen Redner zu seiner
Warnung vor nationaler Verheerung. Die
schwierige Lage, in der wir uns befinden, verlangt Festigkeit
und Ernst, aber keine hysterische Hurrastimmung. Gewisse
Organe der Rechten müssen dringend ersucht werden, sich etwas
mehr Reserve aufzuerlegen. Für die Sache der All-
deutschen hat das deutsche Volk schon genug gelitten, und
es wünscht nicht, noch mehr für sie zu leiden. Die Veruche
deutschnationaler Blätter, die Auslieferungsdangelegenheit zu
einer alldeutschen zu machen, können geradezu verhängnis-
voll wirken nach außen wie nach innen. Wir haben keine
Neigung, in diesem Augenblick zu unteruchen, wie und durch
wen wir in diese fürchterliche Lage geraten sind, und bitten,
uns nicht dazu zu zwingen.

Für heute seien nur ein paar Worte an die Adresse der
„Deutschen Tageszeitung“ gerichtet. Sie findet, es sei „ein
starkes Stück, daß eine Regierung Erzberger-Dauer noch im
Amte ist und sich gebärde, als sei weiter nichts vorgestellen“.
Die Ministerstürzerlei dieses deutschnationalen Blattes wird ja
praktisch keinen Schaden anrichten, aber es geht doch ein
erstaunliches Maß von Gewissenlosigkeit dazu, jetzt den Mit-
gliedern der Regierung zu verlangen, ohne sich im mindesten
darum zu kümmern, was nachher kommt. Für den
Minister als Einzelwesen könnte es freilich keine bequemere
Lösung geben, als die Aktenmappen zuzuschlagen und nach
Hause zu gehen — wir sind aber überzeugt, daß dann die
„Deutsche Tageszeitung“ von feiger Flucht sprechen würde.

Nicht geringes Stammes muß es erregen, daß deutsch-
nationale Blätter in Form eines Siegesberichts von ebendem,
also in großer Aufmachung, folgende Nachricht bringen:

Am 7. Januar nachmittags bot in Berlin eine Verlesung
zahlreicher Vertreter des Heeres und der Marine — darunter die
hervorragendsten Führer — stattgefunden, die zur
Auslieferungsrage Stellung genommen hat.

Es herrschte volle Einigkeit darüber, daß es nicht
gegen die Ehre eines Deutschen gehe, sich der Auslieferungsrage
forderung zu entziehen, und daß ein Deutscher sich keinesfalls
freiwillig stellen dürfe.

Man kann die Stellungnahme der Herren verstehen.
Schwer zu verstehen ist es aber, daß ihr Beschluß von be-
geisterten Pressefängern mit einer Feierlichkeit verkündet wird,
als handele es sich um einen neuen Abschnitt eines Heiden-
liedes. Die Stellungnahme der durch die Auslieferungsrage
unmittelbar Betroffenen ist eine Sache des persönlichen
Empfindens, die nicht durch Mehrheitsbeschlüsse geregelt werden
kann. Es ist nicht anzunehmen, daß die Teilnehmer jener
Versammlung ihren Beschluß für die Öffentlichkeit bestimmt
hätten, und der Varn, mit dem er jetzt der Welt mitgeteilt
wird, klingt nicht angenehm.

Hoffentlich wird durch solche Nebengeräusche in den Ohren
des Auslandes nicht die Stimme des deutschen Volkes über-
tönt, die ihm sagt, daß es sich um mehr als um das Schicksal
einzelner Personen handelt, nämlich um ein Verlangen, das
auch nach den Worten des unabhängigen Abg. Hoffmann im
Widerspruch zu den Forderungen der Gerechtigkeit steht“ und
das zu erfüllen über die moralische und physische Kraft einer
jeden Regierung geht.

Eine Erklärung des Reichsrates.

Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen öffentlichen
Sitzung der folgenden, vom preussischen Minister des Innern
Deine verlesenen Erklärung zu:

Der Reichsrat, als verfassungsmäßige Vertretung der
deutschen Länder, bekennt sich zu dem heute kundgegebenen
Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der
Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat,

weit entfernt, gefehlich strafbare Taten einer ordentlichen
Untersuchung und Abhandlung vor deutschen Gerichten ent-
ziehen zu wollen,

teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zu-
mittlung der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer auszu-
liefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung
aller deutschen Länder hierbei unerschrocken hinter der Reichs-
regierung steht. Auch er erklärt sich der Reichsregierung das
Verlangen der Entente für
unerfüllbar.

Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke an-
getane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der
Welt.

Die Mitglieder des Reichsrates hatten sich während der
Verlesung von ihren Plätzen erhoben.

Dr. Mayer bleibt in Berlin.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Minister Dr. Mayer, ist
nach Meldung des H. L. B. am Donnerstag mittag von München
in Berlin eingetroffen. Er bleibt einige Tage hier, um an
den Beratungen der Regierung teilzunehmen.

Die ursprüngliche Absicht der Regierung, wonach Dr. Mayer
noch am Donnerstag abend nach Paris weiterfahren sollte, ist
damit fallen gelassen. Diese Absicht hing mit dem Wunsch der
Regierung zusammen, sobald als möglich in den Besitz
der Note und der offiziellen Auslieferungsrage anzu-
gelangen. Da inzwischen bekannt geworden ist, daß beide Schick-
sälle hier in Berlin abgeklärt werden sollen, so hat sich
damit die Dringlichkeit der Absicht Dr. Mayers erledigt.

Noske zur Auslieferung.

Der Reichswehrminister Noske äußerte sich, wie folgt,
melde, zu dem Berichterstatter der „Daily Mail“ u. a.
wie folgt:

„Ich habe vor ungefähr 8 Tagen mit dem englischen Ge-
schäftsträger über die Auslieferungsrage ge-
sprochen und ich glaube, daß es das Beste ist, wenn ich Ihnen
jetzt das gleiche wiederhole:

In der Auslieferungsrageangelegenheit werde ich nicht
das geringste tun, um der Forderung der Entente zu
entsprechen, nicht, weil mir daran gelegen ist, den Fried-
densvertrag zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in
Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedens-
vertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat
mir daraufhin geantwortet, daß es sich um eine Bestimmung
des Friedensvertrages handele. Das ist richtig, aber jeder
Mann, der über die Vorgänge bei Friedensschluß orientiert
ist, weiß, daß es schon damals über die sogenannten Schwach-
paragrafen zu schweren Konflikten gekommen ist. Die
Sprennung des Kabinetts war die Folge. Wir haben
damals bis zur letzten Stunde versucht, Paris und London
klar zu machen, daß die Bedingungen unerfüllbar seien.
Wiederholt haben wir erklärt, daß der Vertrag in manchen
Teilen unerfüllbar bleibe. Schlimmer als alles andere ist
die Auslieferung. Noch nie nach einem Kriege ist ein
solches Anstehen einem Volke gestellt worden. Als den
Serben 1914 zugemutet wurde, daß ein serbischer Ge-
richtshof unter österreichischer Kontrolle urteilen sollte, ist das
als unvereinbar mit der Ehre eines Volkes dargestellt
worden. Uns gegenüber glaubt man jetzt betrüblich darüber
hinausgehen zu sollen und will deutsche Leute von Gerichten
oburteilen lassen, die niemals objektiv urteilen werden. In
Frankreich gibt der Fall Böckling eine Probe von der
zu erwartenden Rechtsprechung. Aber davon ganz abgesehen;
der Versuch auszuliefern, scheitert sofort, wenn auch
nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung
ist einfach unmöglich. In allen Ländern würde mindestens
passive Resistenz geübt werden. Kein Polizeibeamter
würde in der Lage sein, einen der Auslieferungsrage anzu-
greifen und zwangsweise über die Grenze zu schaffen. Die
Erfahrungen lehren, daß bei uns bei vielen
Leuten die Pistolenfingern sehr locker sitzen.
Der Mann, der sich dazu hergeben würde, je-
mand über die Grenze zu bringen, kann vor-
her sein Testament machen. Wollte jemand versuchen,

die Auslieferung abzutransportieren, so hätte man keine Garantie, daß sie nicht auf irgendeiner Station gewaltsam herausgeholt würden.

Zu sehr keine praktische Möglichkeit, irgend etwas in dieser Sache zu tun. Würden wir unser Amt niederlegen, wer sollte dann an unsere Stelle treten? Jeder Politiker, der in dieser Angelegenheit die Geschäfte der Entente besorgen wollte und so großlich gegen die nationale Ehre verstoßen würde, wäre für alle Zeiten unmöglich. Aus diesem Grunde wird kein Mensch, der in Zukunft noch politisch arbeiten will, sich dazu herablassen, bei der Auslieferung mitzuwirken. Die Truppe würde einem Befehl, bei der Auslieferung mitzuwirken, niemals Folge leisten. Das Instrument, das jetzt allein die Ruhe gewährleistet, würde zerbrechen. Wenn ein anderer an meiner Stelle verstanden würde, mit Hilfe der Truppe die Auslieferung durchzuführen, so würde er keine Autorität haben und nichts erreichen.

Die Sachlage ist also so, daß, wenn ich und meine Ministerkollegen den Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und lächerlich halte, wir das Land in äusserste Wirrnisse bringen. Wer regieren soll, wenn die Regierung zurücktritt, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentsmehrheit, die die Geschäfte weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen. Wer die Auslieferung versucht, würde den Bürgerkrieg entfesseln. Eine Regierung der Konservativen ist undenkbar, sie würde erst recht nicht annehmen. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente, nachdem sie 4 Jahre lang als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands angegeben hat, die jetzige Regierung fürst, ohne die Möglichkeit, eine leistungsfähige andere zu erhalten.

Lärmzeiten in der französischen Kammer.

Paris, 5. Februar. (S. 2.) In der heutigen Sitzung der französischen Kammer steht die Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung zur Beratung. Als erster Interpellant ergreift das Wort Abgeordneter Coynaud von der Demokratischen Berechtigung. Er wünscht zu wissen, unter welchen Bedingungen Deutschland das besetzt wurde, was es für die Wiederherstellung der verwüsteten Provinzen schulde. Er will auch wissen, ob Deutschland die Kohlen geliefert habe, die es verpflichtet sei, Frankreich zu liefern. Er erwidert den

Zwischenfall von Verdun

und erklärt, der diplomatische Vertreter Deutschlands in Paris habe sich geneigt, eine Klausel des Vertrages auszuführen, den er selbst unterzeichnet habe. Man wisse auch, daß Deutschland Schwierigkeiten mache, um nicht die Goldmark zu bezahlen, die es zahlen müsse. Der Abgeordnete verlangt Auskunft über die Politik gegenüber Rußland. Er wünscht aufgeklärt zu sein über die Lage in Ungarn, in Polen und in der Türkei, in der Frankreich beträchtliche Interessen habe.

Nach ihm sprach Abgeordneter Soullier, der hauptsächlich für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Frankreichs mit dem Vatikan eintrat.

Am Verlauf der Interpellationsdebatten in der Kammer ergreift Marcel Cachin das Wort, um namens der Sozialistischen Partei die Regierung über ihre russische Politik zu befragen. Er verlangt eine Anstandslose Erklärung über die Wiederherstellung des Friedens mit Rußland. Als er sich gegen Kolischal und seine Offiziere wendet, sowie gegen die französische und englische Regierung, die Milliarden ausgegeben hätten, um den Widerstand gegen die Sowjets zu organisieren, wird er unterbrochen, namentlich Leon Daudet ruft: „Sie

haben sie aufgehört!“ Die Sozialisten protestieren, es kommt zu Lärmzeiten. Der Präsident muß eingreifen. Cachin fährt sodann in seiner Rede fort und verlangt auch Aufklärung über die französische Politik gegenüber der Türkei. Er gibt eine bittere Schilderung der Lage in Syrien und Cilicien und wendet sich gegen jedes verschleierte Protektorat.

Nachdem Ernest Laffont sich den Ausführungen Cachins angeschlossen hat, wird die Interpellationsdebatte auf morgen vertagt.

Französische Pressstimmen zur deutschen Note

Die Agence Havas veröffentlicht die deutsche Note vom 25. Januar, deren Inhalt von den meisten Blättern am 5. Februar vorzeitig wiedergegeben wird.

Einige Blätter glauben, daß die alliierten Regierungen in Berlin eine Note überreichen lassen werden, in der sie das Vorgehen des Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation mißbilligen. Andere Blätter glauben, daß ein davorstehender Schritt nicht erfolgen werde, weil man es mit einer rein persönlichen Forderung Freiheit von Verdun zu tun habe, die sofort von Berlin desabonniert worden sei.

Berlin am 5. „Echo de Paris“ mißbilligt den Schritt Verdun und sagt, der Text einer Note, der gestern abend festgesetzt worden sei, würde nach Berlin abgeschickt werden, wenn er die Billigung der Ministerien in London und Rom gefunden habe. Sie würde einfach erklären, daß Deutschland sich an dem Rückhalten des Geldes, was es unterzeichnet habe, halten müsse. Das wäre die erste Betonung des Willens der Mächte, den Vertrag als einen Floß zu betrachten, von dem man nichts abbrechen lassen könne. Alle Strafklauseln des Versailler Vertrages könnten direkt von Hand gestrichen. Es wäre etwas Gutes, das die Ministerien für das Schicksal einzuwechseln, wenn die Engländer besonders erkennen würden, daß sie sich getäuscht hätten, daß der Vertrag auf richtigen Grundlagen aufgebaut sei und daß, um ihn zur Anwendung zu bringen, von ihm fortgesetzt reformieren müsse. Man müsse damit beginnen, die Allianz mit Exekutivmitteln auszustatten, die ihr vollkommen fehlen.

Saint-Brice im „Journal“ fragt, ob man etwa wieder die Wadade verhängen wolle, oder etwa den Abtransport der Kriegsgefangenen einstellen oder schließlich zu neuen militärischen Besetzungen schreiten werde. Die Unterbindung der Heimförderung der Kriegsverwundeten werde einen neuen Schlag herbeiführen. Die Aufhebung der Wadade werde Frankreich den einzig gültigen Markt verschließen, und militärische Maßnahmen erforderten mindestens große Anstrengungen. Auch Saint-Brice sagt, die Weigerung, die Schuldigen anzuliefern, sei der Widerstand gegen eine besonders demütigende Klausel sei die erste Kundgebung eines Obstruktionsfeldzuges. Also vom ersten Augenblick an erkenne man den Grundfehler der angewandten Methode. Man müsse darauf die Aufmerksamkeit richten, daß die Deutschen sich ihren Verpflichtungen entziehen, und müsse den Frieden auf der Grundlage sofortiger Vermittlung regeln, die unabhängig sei vom germanischen Willen.

Am 6. „Humanité“ sagt Marcel Cachin, die Frage sei schwierig im Hinblick auf den Frieden, der den internationalen Sozialismus über alles interessiere. Sei es wirklich wahrhaftig möglich, dem bestiegten Feind sehr schwere moralische Demütigungen, die sein Volk nicht ertragen könne, aufzulegen? Würde es nicht mehr nicht zweckmäßig und gerichtet, von ihm die Wiedergutmachung der ungeheuren materiellen Schäden, die er Belgien und Frankreich zugefügt habe, zu verlangen? Für die Sozialisten wolle es wenig besagen, wenn der Kaiser und seine Anhänger an deutschen Kolonialpolitik aufgehängt würden. Es handle sich für sie in der Hauptsache darum, Lösungen beizubringen, die einen ewigen Schlag herbeiführen könnten. Die Politik der kalten Blase ohne irgendwelche Gründe, die noch fünfzehn Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten angewandt werde, könne nur eine neue Ära der Revolte und neue Kriege herbeiführen; dagegen wendeten sich die Sozialisten sehr energisch. Der Vorschlag Deutschlands in seiner Note vom 25. Januar sei der Kränkung wert.

Lebipus in der „Lanterne“ fragt, ob der Oberste Rat, als er den Staatsparagrafen aufgesicht habe, gut unterrichtet gewesen sei. Er ist nicht der Ansicht. Man habe zu lange gezögert und der Augenblick, derartige Verleistungen durchzuführen, sei verpakt. Man wolle eine unaufgeborene Tiefe auf, wenn er erkläre, daß selbst im Innern Deutsch-

lands überzeugte Gegner der Beschlüßigten vorhanden wären, die die Methode der Alliierten mißbilligen.

Action Française ist für die Durchführung aller Klauseln des Friedensvertrages, und wenn wirklich in Deutschland sich ein nationaler Widerstand zeige, dann müßte man ihn brechen durch das Besetzen Frankreichs, durch das linke Rheinufer.

Das gemäßigtere sozialistische Blatt „France Libre“ meint, wenn die hauptsächlichsten der moralischen Klauseln des Vertrages nicht zur Anwendung kommen, dann könne man sagen, die internationale Gerechtigkeit sei tot, bevor sie begonnen habe, zu leben.

Mißhandlung französischer Besatzungstruppen.

In Gleiwitz (O.-S.) ist es nach Meldung des „L.A.“ zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polen und Deutschen gekommen. Die Nationalpolen wollten die einziehenden französischen Truppen begrüßen und wurden daran von Deutschen verhindert, die den Flamenhymnen und die Fahnen verteilten. An der polnischen Bank wurde ein Willkommensschild mit Gewalt entfernt. Am Nachmittag fand ein riesiger deutscher Umzug statt, der in Ordnung verlief. Dagegen kam es am Abend mehrfach zu Ausschreitungen und Anaristiken gegen französische Offiziere, die durch Stöße, Steinwürfe usw. verletzt wurden. H. a. erhielt der General Gracier einen Flaschenwurf ins Gesicht. Nach dem „L.A.“ ist auch in polnisch sprechenden Kreisen die Erbitterung gegen die Franzosen sehr groß, weil die französischen Soldaten eher angekommen sind als die kriessgefangenen Oberschlesier.

Oberschlesien gehört jetzt nicht zum Deutschen Reich. Die deutsche Regierung kann also für die Vorgänge nicht verantwortlich gemacht werden. Dennoch möchten wir unseren Volksgenossen zu Ruhe und Besonnenheit raten. Die kommende Volksabstimmung wird ihnen die Möglichkeit geben, ihre Bestimmung zu manifestieren.

Ersatz-Reinhard.

Nach dieser Heftschrift veröffentlichten wir am 1. Februar eine Zuschrift des Republikanischen Führerbundes, in der von dem Gläubigerscheitern des Reichswehrregiments 29 (Kommandeur Oberleutnant von dem Hagen) zum Geburtstag des gemeinsamen Kaisers und seinem eigentümlichen Zustandekommen Mitteilung gemacht wurde. Diese Veröffentlichung hat beim Stab des Reichswehrregiments 29 nicht geringen Scheit verurteilt, denn am 2. Februar wurde bei der Befehlsausgabe des Regiments an die Feldweibel der Kompanien nach Vorlesung des Artikels eifrig nach dem „Denunzianten“ geforscht. Der die Parole ausgebende Offizier des Stabes kam schließlich zu dem Schluß, ohne dafür Besorgnis zu haben, daß nur die Unteroffiziere des dem Reichswehrregiment 29 angegliederten Kanonenguges 15 die „Täter“ sein könnten. Der Republikanische Führerbund hat nun festgestellt, daß den Unteroffizieren dieses Kanonenguges einschließlich des Kompaniefeldweibels deraußhalb gekündigt worden ist.

Gegen diese Maßregelung erheben wir den allerhöchsten Protest. Wir sehen zunächst davon ab, daß sie auf Grund eines bloßen Verdachtes erfolgt ist. Auch wenn dieser Verdacht gerechtfertigt sein sollte, so wäre dieser Aufwand nur geeignet, das Ansehen dieser Maßregelung nach deutscher Herangehensweise zu lassen. Man stelle sich vor: Ein Regiment der Republik feindet entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Oberkommandierenden ein offizielles Gläubigerscheitern der Mannschaften, die Vertrauensleute, werden ebenfalls bei der Sache nicht gefragt, sondern gestillt übergegangen. Wer wird nun entlassen? Nicht die Betroffenen, die offen gegen die Republik frontiert haben, sondern die Leute, die man im Verdacht hat, daß sie andere Stellen von dem unerhörten Vorkommnis unterrichtet haben. Die Betroffenen haben dabei nicht einmal an eine Veröffentlichung der Sache gedacht, sondern lediglich die Organisation der republikanischen Reichswehrmitglieder, den Republikanischen Führerbund von dem Vorkommnis benachrichtigt. Das war ihr gutes Recht, da irgendein Grund

Bruno Wille und Berlin.

Zu Willes fünfzigstem Geburtstag.

Bruno Wille wird jetzt gefeiert, weil er vor sechzig Jahren am 6. Februar ins Dasein trat. Es gibt aus den letzten dreißig Jahren wenige Menschen, mit deren Namen wir, wenn wir ihn hören, gleich einen bestimmten, ganz geschlossenen Begriff verbinden. Für alles, was aufsteht, handelt sich gerade an seinen Namen so eine geschlossene Vorstellung. Selbst die Gegenstände von Parteien oder Persönlichkeiten, die bedeutungsvoller Gedankenanstausch immer mit ihm bringt, sämigen dann, wenn man die Gesamtpersönlichkeit greift, erdacht und würdigt. So ist uns in Bruno Wille eine gewisse Potenz, eine ehrwürdige Kraft verkörpert, die um einen bedeutenden Preis ringt. Das Bild wird uns aber erst vollständig, es nimmt einen großen, freisinnigen Charakter an, wenn wir sehen, um was da gerungen wird. Dies unverwundliche Bild liegt in unserer Ueberlieferung ausgedrückt: Bruno Wille und Berlin!

Ja, er und die Großstadt, er und Berlin, sie gehören zusammen als die Personen eines Dramas. Sie verstanden sich viel. Er ist ohne diesen gewaltigen sozialen Kampf nicht denkbar, er dankt ihm viel, auch wenn er ewig vor ihm wegstreift in seine Einsamkeit der Kiefernheide; Berlin ist der Hintergrund, der ihn bedeutend macht. Aber dies ist ein Jubiläumsmotiv für Bruno Wille, und so wollen wir sagen, was Berlin ihm verdankt.

Gefügt verdankt es ihm mit dem Bedauerlichen, wenn wir Berlin als den großen Koloss nehmen und von der verleinerten Oberfläche absehen. Er hat diesem Koloss ein geistiges Antlitz gemalt. Vor sich hatte er diese ungefüge Masse der Großstadt, diese furchtbare, sich aufwärtsdringende wirtschaftliche Massenbewegung, aus der er sich als geistiger Führer erhebt, ganz anders wie die anderen Führer neben ihm zu Sternen lodend, die in dem Ringen nach Brot und politischer Bedeutung leicht übersehen wurden. In dem schrecklichen Kampfe ließ er über den Häuptern der Rationen den heiligen Gral der Kunst hochaufrichten. Was Kämpfer von damals empfinden es noch, wie herrlich es war! Von damals an modellierte er an dem geistigen Antlitz Berlins, auf das das Reich beobachtend und nachsirend schaute, und als bedeutendsten Zug in diesem geistigen Antlitz sehen wir jetzt den stolzen Bau der Volksbühne, den wir nur in seinem geringsten Teil erkennen, wenn wir nicht hinter dem gewaltigen architektonischen Stauwerk die gewaltige Kraft wirkend sehen, die ihn bildete und die er jetzt verkörpert. Die beiden Volksbühnen verbinden sich wieder zu einer, die er als eine Kunst und die sich in zwei Phasen durch Dinge, die zwar vom Boden der politischen Bewegung aus erklärlich und sachlich waren, aber sonst doch unverständlich sahen und in Anbetracht des einen Großen heute nur als Mißverständnisse in der Aufgabe zu werten sind. Wenn wir hoffen können, daß diese Wiedervereinigung der beiden Bühnengruppen dem Ganzen und der Idee zum Segen gereicht, so können wir dies als

das schönste Geschenk an Bruno Wille, den Volksbühnengründer, in seinem Jubiläumstag ansehen.

Es war kein gewöhnlicher Theaterverein, zu dem er vor dreißig Jahren trat. Nein, dieser Gedanke löste sich ihm aus im Ringen mit dem Koloss Berlin, mit der Großstadt, mit der Masse, mit dem Glend der Unbildung und der Unwissenheit. Er erhob die Forderung: Seht die heilige Flamme, die in euch lebt — nährt sie und erhebt euch mit ihr über das Inexistente Dasein, über die Gewalt von Augen und Zehne und Zehntel von innen! Er selber war der Grobheit entflohen, um der Mutter Erde näher zu sein und aus ihr Kraft zu saugen wie der Riese Antenor.

Aber wie er zur Kunst lockte und mit andern Gründungen, wie die Volksbühne zum Wissen und Erkennen, so lockte er mit seiner Dichtung aus Mutter Erde, zur Natur, zum vernünftigen menschlichen Dasein außerhalb der furchtbaren menschenfressenden Steinwälle. Beglücken vom Schmutzigen und Beengenden, Wegweisen zu Luft und Licht zu Himmelsklarheit, das ist der Inhalt seiner Dichtung, mit der er gerade spricht zum Volke, zu den Bedürftigen und Verlorenen, und nicht zu der Oberschicht, die sich selber retten oder in Jähzucht vergehen mag. Nicht zeigt deutlicher den roten Faden in diesem Kampferleben auf als das, was er selber im Nachwort seiner Gedichtsammlung „Der heilige Hain“ als den Sinn seiner Dichtung angibt: „Der heilige Hain“, die im wesentlichen eine äußerliche ist auf Bewältigung und Ausbeutung der Materie gerichtet ist, möchte ich eine innere Bildung gegenüberstellen. Aus dem wüsten Steinbau unserer Städte, aus Innatur und Unwahrheit, aus erschöpfender Ironie und Götze, aus Sinnlosigkeit und Zerkümmert sein und die Sehnacht reiten in den Tagen, wo Gemütskraft und Zehne durch Tändel und Liebe abgeduldet werden, wo Baum und Feld, Pellen und Wälder unsere Geschwister sind, wo wir endlich vertrauen dem gemeinsamen Urquell und seinem Schöpferhimel, und wo der Schönheit: Welche Kraft spendet der Menge Dual zu lindern und den Erdboden in uns zu wecken.“ Seine Sammlung „Der heilige Hain“ (Verlag Eugen Diederichs, Jena) ist ein Sonntagbuch der Erhebung.

Seine Stellung zu Welt und Gott, zur Natur, zu den Menschen geben in tiefstehendem volkswirtschaftlichen Philosophieren und in postenden Einzelbildern seine großen Profetie „Offenbarungen des Wälderwaldes“, „Die Abendburg“ (siehe Diederichs) und „Der Glasberg“ (München) zu erkennen. Seine Reden — jemand schätzte ihre Zahl auf 8000 — sind vielen Trost und Erbauung, mandem Rettung gewesen; er hat Momente, wo er das Höchste und Heiligste den Menschen in verständlichen Worten nachsiret wie keiner sonst; wenn er in der Aufklärungsdarstellung einmal die Grenzen des Banalen streift, so reißt niemand mit ihm, der nicht selber mit diesem Stoff gerungen — er streift diese Grenzen, um verständlich werdend den Leuten Hülfsberufung. Er greift und greift er gestaltend in viele Dinge und findet es selbst nötig, über dem Kleinbürgertum die Leuchte zu erheben — so leuchtete seine „Volkskraft“-Arbeit, der er sich in letzter Zeit widmete. Er ist der, der der hohen Masse Gestalt entlocken oder sie aufblenden will zu Individuen.

Will man ein hohes Ziel seines Ersehens, so ist es dieses: Michelangelo's schaffender Geist, der Adam durch seine Verklärung zum Leben erweckt. In dem Sinne, wie es gezeichnet, hat er Berlin seinen Odem einatmet; er tut es mit jedem Abend noch, da Lantende im Theater den Offenbarungen der Kunst lauschen, die Wahrheit über allem Leben sind. Von Berlin aus dreht sich die Volksbühnenbewegung über's Land. Mit Wort und Geist modellierte er am geistigen Antlitz Berlins. Die Bühnenkunst wurde aus einem Gehalt zu einem hohen Amt am Volke. Wo der Schuyman früher die Kunst verbot, sprach jetzt der Minister unserer geistigen Angelegenheiten Dankesworte an Wille. Doch der Gott ohne Minister entstand, rein durch Volkes Verehrung und Erleiden, verdankt und verläßt ihn. Er ist das höchste Denkmal für Wille, der den Gedanken geboren und kräftig genährt und seine Nachfolger, die ihn weiter hegten und im Sinne des Strides ihn jetzt noch hüten. Wilhelm Spöhr.

Der Direktorwechsel am Germanischen Museum ist noch nicht endgültig entschieden. Wie in der Presse verläutert, ist der Assistent am Berliner Kunstgewerbemuseum, Dr. Heinrich Simon, ein Kasse des Generaldirektors der Berliner Museen, W. v. Bode, vorgezogen und den entscheidenden Stellen empfohlen worden. Dagegen wenden sich jetzt die Beamten des Museums mit einer Erklärung, die darauf verweist, daß „am Germanischen Museum selbst Posten vorhanden seien, die auf Grund ihrer langjährigen Praxis und der hierbei gewonnenen Erfahrungen die für das Amt erforderliche Befähigung besitzen“. Die wissenschaftlichen Forschungen Zimmermanns werden als ganz gering gekennzeichnet; auch sei der Vorgesetzte jünger als der jüngste Praktikant des Museums. Vor allem wird beklagt, daß der Beamten des Museums keine Gelegenheit zur Stellenabnahme gegeben worden ist. Es wird erwartet, daß die Frage der Neuorganisation der Direktion im Einvernehmen mit dem Beamten einer nochmaligen Prüfung unterzogen wird.

Am 1. Februar werden die Verleihen, mit denen der zukünftige Leiter zu arbeiten hat, wäre in der Tat ein Fehler, der sich schwer an der weiteren Entwicklung des Museums rächen kann.

Werkzeug, die Unvernünftige, ist im Schicksal wieder einmal Schuyman, Schmidt und Müller. Es war herzerfreuend, wie sie in unerschütterlicher Ruhe, von Rosalia bis Bedelind und Bresser, ihre lebendigen Namen die Insel dachten ließ. Sei es nun das erhabende „Ammerhochzeit“, oder die „Dankesfeier“, bis zum drücklichen „Die Dargelenglede“. Ihre unerschütterliche Fröhlichkeit ist alles in. W.

Trübsal. In der Abendstunde vom Mittwoch muß es in der Nacht über „Eine gelinde Klage“ hat „erschaffen“ heißen „entdecken“, in der Nacht über „Bruno Wille“; dieser um die geistige Entwicklung Berlins verdienten Platz.

Nationalistische Kunstausstellung. Diesmal war Karl Kraus das Opfer, und der Schenckel des Rabauz war ein Vortrag über die Kunst und die Korrespondenz Ferkos von dort selbst, kam es am Mittwoch, als Kraus aus seinem Werke „Die letzten Tage der Menschheit“ die Szenen „Kaiser Wilhelm und seine Generale“ herauf, zu derartigen Lärmzeiten, daß Kraus die Vorlesungen abbrechen mußte.

Er traf also auch mit dieser Szene seines großen kriegerischen Werkes die Vernagelten auf den Kopf.

Preußenhaus gegen Auslieferung.

113. Sitzung. Donnerstag, den 5. Februar 1920.

Am Regierungstisch: Kommissare, Unterstaatssekretär Göhr.

Präsident Reinert

eröffnet die Sitzung 2,20 Uhr und gibt folgende Erklärung ab:
Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der deutsche Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den Alliierten und Assoziierten auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugestellt worden ist. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen. Die Unabhängigen bleiben sitzen.) Aus diesem Anlaß hat sich des Volkes eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der gegnerischen Mächte die Ehre des deutschen Volkes auf das tiefste verletzt; denn wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren.

unser Ehre nicht verloren.

(Beifall.) Das ist die unerträglichste Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Zustimmung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung schon immer als unüberwindlich und unmöglich bezeichnet. Dem kühnlich sich das deutsche Volk und die Preussische Landesversammlung in jeder Beziehung an. Sie ist überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das Verlangen der Entente erfüllen wird. (Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreicht, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und

Entrüstung im Volke

ausgelöst. (Beifall.) Die Preussische Landesversammlung ist ergriffen von diesem einmütigen Empfinden und wird so schwer leidenden Volkes. Um ihre Hebrereinstimmung mit dem Volke festzustellen, und der unsagbaren Trauer Ausdruck zu geben über das entsetzliche Ansehen, das nur in der maßlosen Rücksicht eines übermäßig gewordenen Geistes seine Erklärung findet, haben die Mitglieder der Preussischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Fraktion sich beantragt, ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung aufzugeben. (Beifall.) Die sofort in stürmische Entüstungshandlungen übergeht, als der Abg. Dr. Hoffmann (U. Soz.) sich zur Redezeitnahme bezieht. Zahlreiche Abgeordnete rufen: Haas! Haas! (Zuruf des Abg. Dr. Wegl. Warten Sie doch, bis die Herrschaften sich hinausbegeben haben.)

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.):

Im Auftrage meiner Fraktion (bei diesen Worten kommen von den Bänken der Rechten laute Rufe: Haas! Haas!) Viele Abgeordnete der Rechten verlassen den Saal. — Nach minutenlangem Lärm kann der Redner fortfahren habe ich folgende Erklärung abgegeben: Das Verlangen der Entente, ihr die von ihr beschuldigten Personen zur Aburteilung auszuliefern, stößt sich zwar auf die Forderung des Friedensvertrages, dem wir unter Zwang zustimmen mußten, steht aber im Widerspruch mit den Forderungen der Gerechtigkeit, auf die jeder Bewußte einen unabweisbaren Anspruch hat. Der siegestrunkenen Militarismus in den Staaten der Entente mißbraucht die bedeutende Empörung der Völker gegen die Urheber ihrer Leiden, um die Völker unter dem scheinbaren Vorwand gerechten Gerichts gegen die Feinde von den Schuldigen im eigenen Lande abzuwenden. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die Verbrechen, die bei der Ansetzung des Krieges und in seinem Verlauf überdies und auf allen Seiten begangen worden sind, müssen geklärt werden. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wie die Regierung des kaiserlichen Deutschlands nicht zur Sühne der Kriegsverbrechen getan hat, so läßt auch der jetzige deutsche Minister der auswärtigen Angelegenheiten

das ist die unerträglichste Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Zustimmung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung schon immer als unüberwindlich und unmöglich bezeichnet. Dem kühnlich sich das deutsche Volk und die Preussische Landesversammlung in jeder Beziehung an. Sie ist überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das Verlangen der Entente erfüllen wird. (Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreicht, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und

Mittel des Befreiungskampfes

(Lachen und Unruhe, rechts) und mit brutaler Gewalt unterdrückt hat und weiter unterdrückt. Die letzte Strafe ist also verurteilt durch die Versäumnisse der Regierung und die Nachgiebigkeit gegen die militärisch, nationalistischen Strömungen. Dadurch ist die rechtliche Aburteilung der Kriegsverbrecher vor deutschen Gerichten verhindert worden. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Meine Fraktion lehnt jede Verantwortung für diese Artie und ihre Folgen ab. Sie verurteilt jede Politik, die das Schicksal des ganzen Volkes wiederum aufs Spiel setzt um des Schicksals einzelner Personen willen. (Stürmische Proteste und große Unruhe.) Wir warnen auf das nachdrücklichste davor, die erste Hilfe durch nationalistische Verengung auf die Spitze zu treten. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen.) und protestieren insbesondere dagegen, daß eine gesetzgebende Körperschaft den Bruch eines von der deutschen Regierung unterzeichneten Vertrages erwirkt. Die Fraktion verlangt von der Reichsregierung, daß sie auch jetzt noch alle Mittel der Verhandlung anwendet, um Garantien für einen unparteiischen Richteramt zu erlangen, und rechnet dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Sozialisten aller Länder. (Lachen und Unruhe bei der Mehrheit.) Ich habe namens meiner Fraktion Einspruch zu erheben gegen die Aufhebung der Sitzung. Wir verlangen, daß unsere Tagesordnung erledigt wird. (Beifall bei den U. Soz. — Unruhe bei der Mehrheit.)

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Unabhängigen die Aufhebung der Sitzung.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Normaltag) Anfragen über die Erörterung des Verlebens zwischen Ostpreußen und dem Reich durch Polen, keine Vorlagen und Anträge).

Schluß 2 1/2 Uhr.

Die Elternbeiräte und die politischen Parteien.

Parteipolitik gehört nicht in die Schule! Mit dieser ansich ganz richtigen Parole wird von den Rechtsparteien und von sogenannten „unpolitischen“ Vereinigungen, die aber im Grunde eine möglichst deutliche nationale Partei politik treiben, in den Wahlkampf um die Elternbeiräte eingetreten.

Sehr viele Eltern, die zum Teil uninteressiert, zum Teil unaufgeklärt diesem „Neuen“ im Schulleben gegenüberstehen, lassen sich durch die harmlose Bezeichnung einer Liste als „unpolitisch-christlich“ zum Eintreten für diese bestimmen. Aber auch viele Parteigenossen werden durch diese Listik, die gleich dem letzten Erlass Hamisch zu benutzen weis, wonach das gesamte Schulleben von politischen Streitigkeiten aller Art freigehalten werden muß, abgelenkt, eine eigene Liste aufzustellen, oder in den vorgesehene Elternversammlungen nachdrücklich die Forderung zu vertreten, daß in dem Elternbeirat jeder Schule charakterfeste Männer und Frauen aller Parteirichtungen vertreten sind.

Unter solchen Umständen erhebt sich die Frage, ob es überhaupt möglich oder auch wünschenswert ist, daß bei der Wahl zu den Elternbeiräten die Politik, selbst die Partei politik, gänzlich ausgeschaltet wird.

Man mag es als Lobredner der guten alten Zeit bezeichnen, daß der politische Wahlkampf auch den Vorrang der Schule in seinen Kreis zieht. Unser ganzes

öffentliches Leben steht unter der Einwirkung fortschreitender Politisierung. Die Gemeindevahlen im letzten Jahr, ja sogar die Wahlen zu den berufständischen Vertretungen der einzelnen Berufsgruppen und Interessensverbände sind ein deutlicher Beweis für diesen Zug der Zeit. Der Arbeiter, der Beamte, der Lehrer — man denke an die kürzlich erfolgten Wahlen zum Berliner Lehrerverein — tritt auch bei solchen Wahlen unter parteipolitischer Parole in den Wahlkampf.

Gerade damit die Schule vor einseitiger Parteibeeinflussung bewahrt bleibe, ist es nötig, daß im Elternbeirat alle Parteien vertreten sind. Dort und an keiner anderen Stelle des Schullebens können Parteigegensätze aufgetragen werden. Das politische Moment ist ferner auch durch die Wahlordnung des Erlasses darin gegeben, daß für die Wahl das Verhältniswahlrecht vorgeschrieben ist. Mit Unrecht hat man diesem Wahlmodus eine bestimmte parteipolitische Absicht sozialistischer Art unterlegt, als ob durch solche Maßnahmen eine sozialistische Mehrheit gewonnen werden sollte. Der Wahlmodus ist auch nicht ein bloßer Abstrich der Wahlen zur Nationalversammlung, sondern aus der Ueberlegung heraus gewählt, daß in einem demokratischen Staatswesen jeder Staatsbürger politisch orientiert ist. Die Verhältniswahl ist nur geboten als Schutz für die Minderheit. Für diese einzutreten verlangt das demokratische Bewußtsein.

Auch eine andere Erwägung läßt es unmöglich erscheinen, parteipolitische Rücksichten gänzlich auszuschließen. Steht die Schule ein Herrschaftsinstrument gewesen zur Erziehung einer bestimmten Gesinnung, die in den Schulen gepflegt wurde, mag man sie vaterländische oder staatsbürgerliche Erziehung nennen.

Es liegt auf der Hand, daß die Elternbeiräte allmählich einen großen Einfluß auch auf das innere Schulleben ausüben werden, und so wünscht man vermittelt der Elternbeiräte Einfluß auf die Gesinnung, die in der Schule gepflegt werden soll, zu gewinnen. Auch hier machen die Rechtsparteien von Partei wegen den Anfang. In den Frauenausschüssen der Wahlkreise 3, 4, 5 der deutschen Volkspartei wurde am 26. u. 27. in der Sitzung im Herrenhaus ganz offen unter dem Eindruck des Wahlausfalls in Preußen triumphierend erklärt: Wenn alle bürgerlichen Frauen sich um die Elternräte kümmern und durch sie ihren Einfluß in den Schulen geltend machen, dann dürfte Herr Minister Hamisch sich wundern. Das Ergebnis würde ein anderes sein, als es die Unparteiischen jetzt erwarten. Unter diesen Umständen ist es nicht eine offene Parteinahme der politischen Parteien ehrlicher als eine verschleierte.

Gänzlich zu verwerfen ist das Hineinziehen der Kirche und der konfessionellen Organisationen. Auch hier haben die Rechtsparteien den Anfang mit dieser unheilvollen Veranlichung gemacht. In der bereits erwähnten Versammlung der Frauenausschüsse der Deutschen Volkspartei wurde von der Referentin folgende Erklärung abgegeben: „daß jede Frau die von den Geistlichen übernommene Verbands- und Aufklärungsarbeit mitwirkend unterstützen müsse, um die Verhinderung des Religionsunterrichts in den Schulen zu sichern, aber auch die Stellung der national empfundenen Lehrer innerhalb der einzelnen Schulen zu stärken.“

Von dieser dankigen Atmosphäre muß der Wahlkampf gereinigt werden. Da muß gründliche und schnelle Aufklärung bishartig hineinleuchten. Die Sozialdemokratie befindet sich nach dem ganzen Vorgehen der Rechtsparteien in Abwehrstellung. Schon die Tatsache, daß sozialistische Schulleiter und Lehrer die grundlegenden Richtlinien des neuen Erlasses gaben und so die eigentlichen Väter des Ministerialerlasses waren, dient dazu, den Erlass von vornherein als höchst verdächtig

Jan Krefserreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffner.

Als unsere beiden Wettläufer, Jan voran, der dicke Lünnes, schon fröhlich und lachend, hinterher, in das Tor einbogen, kam ihnen Dunkelheit und Kühle wie in einem Keller entgegen. Die Durchfahrt verbreiterte sich in der Mitte zu einem runden, kuppelartigen Räume, der so groß war, daß ein Wagen mit Pferd bequem drehen konnte. In den Wänden waren Schießbarten, durch die man auf den Feind, wenn er das äußere hölzerne Tor aufbrechen sollte, schießen konnte. Aber die Schwalben, die in den Schießbarten nisteten, sind niemals durch Musketenkugeln gestört worden. In den hinteren Ecken dieses Kuppelraumes versteckten sich Jan und Lünnes oft und erschrecken die vorbeigehenden Bauernweiber durch Hohnen, Witzeln und Brimmen, daß der gefüllte Gemüsekorb, den sie auf dem Kopfe trugen, ins Schwanken geriet. „Hah!“, riefen sie auf. „Wer soll so bald vor Gott te bang im, am helle Tag durch et Dohr te gonn! Schnobdeljunge, einem tu te verdröckel! Awacht, ich sag' et von üch dem Vater Rog!“

„Vater Rog“, das war der Torwächter, zugleich der Kerkermeister für die Spießhaken, denen immer einige Arrestanten im Tor freigegeben wurden. Eine schmale Tür in dem Torbogen führte zu einer steinernen Wendeltreppe nach den Arrestzellen. Auch in dem Treppenturm waren Schießbarten, durch die ein kitzelndes, von Weinlaub halb verdecktes Bild fiel. Wenn man vor der schweren, geschwätzten Eichentüre stand, wenn die Schelle mit kräftigem Klang durch das Haus schrie, und noch einiger Zeit der Vater Rog mit schweren Schritten herankam und den diden Schlüsselbund rasselnd ließ, dann konnte einem ein recht unangenehmes Gefühl den Rücken herunterrieseln und manchem ammen Teufel, der hier zum ersten Male drei Tage drümmen mußte, mochte das Herz in die Schube fallen. Das Berger Tor war auch der Schuldur für die Väter, die für ihre Kinder die paar Pfennige Schuldgeld nicht bezahlen konnten oder wollten. Für nichtbezahltes Schuldgeld gab es jedesmal einen Tag Post. Da sah man oft kleine Jungen und Mädchen ihrem Vater das Mittagessen im „Genselmann“ nach dem Berger Tore bringen. —

Unsere Wettläufer zwinkerten mit den Augen, als sie aus dem düsteren Tore ins grelle Sonnenlicht hinaustraten. Auf der alten, von Efeu überrannten Bastionsmauer stand im Schatten riesiger Ulmen und Ahornbäume ein kleinerer Herkules und schaute, müde an seine Keule gelehnt, den Jungen nach, wie sie um den ehemaligen Festungsgraben herumliefen. Sein bleicher Leib schimmerte durch das Grün. Die Verwitterung hatte ihm schon manches Stück vom Leibe abgestoßen. Der Herkules war ein Ueberbleibsel aus dem ehemaligen herzoglichen Garten, wo er mit all den anderen griechischen Göttern und Halbgöttern, Nymphen und Dryaden wie im Olymp gelebt hatte. Aber die Zeiten ändern sich — kein Paradies bleibt ewig! — und als die kräftigen, ehelichen, lebensfrohen Barockmenschen von den zimperlischen, präden, unwahrscheinlichen Rokokofiguren abgelöst wurden, denen die Götterbilder in ihrer griechischen Ungeniertheit nicht anständig genug waren, wurden die Götter und Nymphen zerflogen. Nur der Herkules rettete sich aus dieser Götterdämmerung und jetzt stand er auf der alten Bastionsmauer und träumte von seiner Vergangenheit. —

Die Krautmühle und die Rohgerberei, die durch einen verdrahteten und einen fäulischen vom Südostwinde herübergeblasenen Geruch ihre Nähe verrieten, ließen Jan und Lünnes rechts liegen. Kletterten durch die Schuttböden und Sandarub'n an den alten Festungswällen, was dem armen, diden Lünnes, der keine Beine nur loszulegen zum Sihen, aber nicht um Loufen gebrauchte Körper- und Seelenqualen bereitete. Denn der Hüke von hüfte vor ihm her, ließ sich auch mal abhändeln der Lünnes noch auf die Erde fallen, sprang, wenn Lünnes ihn eingeholt hatte, wieder auf und ließ weiter und rief dem Lünnes über die Schulter hinweg höhnisch zu:

„Hä, ich ess' die Prähme! Du kriegst die Stein! Ich ess' die Prähme, hä!“

So kamen sie nach der vom Kurfürsten Jan Wellm erbauten, langen Kaserne, ließen um den Stadtpark herum und durch die in der Franzosenzeit auf dem alten Festungsgebiet angelegte Kasernenallee bis zum Hinger Tore. Die Kasernenallee entlang wohnen in weißgefärbten, in üppigen Blumen- und Gemüsegärten liegenden Bauernhöfen die Hofensbürger, wie sie von den alten einpfeffenen Bürgern in der Stadt höhnisch genannt wurden, weil sie hinter Hecken wohnen und schon als „Ausländer“ galten. Jan war plötzlich verschwunden.

Lünnes lief am Hinger Tor vorbei und als er glaubte, den Jan weit hinter sich zu haben, strengte er sich doppelt an und mochte erst, tot wie ein Krebs, am Hinger Tore im Nordosten der Stadt halt. Er konnte nicht mehr. Er setzte sich ganz hinter Atem auf die Stufen der Dorischen Tempelbau des Lores und schaute ab und zu nach rückwärts, um sogleich wieder aufzupringen, sobald er Jan kommen sähe.

Ein hohes, eisernes Gitter sperrte die Straße ab und ließ bloß eine Durchfahrt offen. Nachts wurde diese Durchfahrt verschlossen. Tags über sahen die „Quaner“ hinter den Fenstern und gaben acht, daß nichts, was unter die Schlaf- und Wohlsteuer fiel, in die Stadt geschmuggelt wurde.

Vor dem Tore standen an der Straße entlang Buden, wo Mehl zu kaufen war. Sieben Viertel Bund Mehl wasserfrei, für acht Viertel mußte schon Steuer bezahlt werden. Das eine verbotene Viertelchen machte alle Zuffeldorfer Hausfrauen zu Schmugglerinnen, und wenn sie an den Buden Mehl kauften, verlangten sie: „Sieben Viertel in en Blas' und e Viertelche in es Bläsle für in de Tack!“

Der Blüddich Muggel, der im Rafter und Wilfer Buich Mehl und Hasen koch, war den Quanern ein Dorn im Auge. Er hatte in der Stadt seine festen Kunden, die er mit billigem Blüddich versorgte; aber noch nie war es den Pöllnern gelungen, ihn zu erwischen. Einmal hatte er einen feisten Rehbock geschossen und nun wußte er nicht, wie er ihn unbemerkt in die Stadt schmuggeln sollte. Da kam ihm ein Einfall. Dem ersten Bauernhof, dessen Bewohner drüben auf dem Felde arbeiteten, wachte er den Viehhund, den Spitz, und steckte ihn in einen Sack. Als die Steuerbeamten ihn mit dem schweren Sack auf dem Rücken herankommen sahen, dachten sie: Halt, Muggel, jetzt hast du wir dich! Mit einem hornlosen Gesicht wollte Muggel durch den Schanzbaum. Die Beamten hielten ihn an und froren, was er da im Sack habe. „Ne Hund“ gab er der Wahrheit gemäß zur Antwort. Das glaubten ihm aber die Beamten nicht; sie argwöhnten es wäre irgend ein Stück Wild darin und verlangten, daß Muggel den Sack öffnete. Das tat er auch, aber mit Absicht so unvorsichtig, daß der Hund heraussprang und freudig bellend davonlief. Muggel kniete und schimpfte auf die Quaner, die ihn mit ihrer Schamlosigkeit um sein bißiges Verdienst bringen wollten, und ließ dem Hund nach. Nach einer Stunde kam er zurück und hatte den Sack wieder auf dem Rücken. Diesmal war aber der gehobene Rehbock darin. Die Beamten, die glaubten, er hätte den Hund wieder, ließen ihn ruhig passieren. —

(Fortl. folgt.)

oder minderwertig abzulehnen. Es ist eben jene bedauerliche Verquickung von Person und Sache, die jede beschränkte Parteipolitik charakterisiert, und die vielleicht deshalb so gefährlich ist, weil tatsächlich auf schulpolitischen Gebiet von den rechtsstehenden Parteien nicht die geringste „positive Leistung“ hervorgebracht ist. Gedankenarmut pflegt stets den Kampf der Ideen durch das blinde Schüren der Gehässigkeit zu erregen. Jede Verdächtigung, Verleumdung und Beschimpfung ist ihr dazu recht.

Ihre Hauptargumente sind, daß die Sozialdemokratie „eine Verdrängung vaterländischen und christlichen Pflichten“ erstrebe und eine ihren Parteizwecken entsprechende Einheitschule erzwingen wolle. Die Sozialdemokratie ist in der glücklichen Lage, mit der Förderung der Einheitschule und der westlichen Schule nur Forderungen zu vertreten, die seit einer Reihe von Jahren auch Schulforderungen des deutschen Lehrervereins geworden sind, dem man wahrhaftig nicht nachsehen kann, daß er im Fahrwasser der Sozialdemokratie segelt. Bei solchem Vorgehen der Gegner muß es Pflicht und Aufgabe der Mehrheitspartei sein, ihrerseits rührig in den Wahlkampf zu treten. Das Wahlergebnis in Neufuß ist nur vor Unterlassungssünden warnen. Die angebliche Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie muß ebenso wie ihre Religions- und Kirchenfeindschaft richtiggestellt werden. Auch über das Schulprogramm der Sozialdemokratie müssen Parteigenossen und Gegner mehr aufgeklärt werden. Gerade in ihrer Schulreform hätte die Sozialdemokratie ein ausgezeichnetes Werbemittel, neue Anhänger, und nicht die schlechtesten Köpfe werden es sein, für ihre Sache zu gewinnen.

F. Ernst Stölze, Wilmersdorf.

Die Leistungen der Eisenbahnwerkstätten

Über dieses in letzter Zeit namentlich von amtlicher Seite viel erörterte Thema erhalten wir von einem Genossen aus der Leitung des Deutschen Eisenbahnverbandes eingehendere Darlegungen, die wir ihrer allgemeinen Bedeutung wegen hier zum Abdruck bringen wollen. Wir glauben hierzu um so mehr verpflichtet zu sein, als die Frage der Leistungsfähigkeit in den Eisenbahnbetriebswerkstätten bisher doch nur oberflächlich behandelt worden ist. (Die Redaktion.)

Die Verantwortung der Frage, ob die Eisenbahnwerkstätten wirtschaftlich sind oder nicht, ist keineswegs so leicht, wie man es gemeinhin annimmt. Insbesondere das Eisenbahnministerium hat sich die Untersuchung des Rentabilitätsproblems sehr einfach gemacht. Sogenannte Schaulinien (früher Kurven) sollen ein Bild von den Zuständen der jeweiligen Leistungen abgeben. Angenommen werden diese Leistungen rein nur nach den hohen Ziffern der reparierten Fahrzeuge, wozu zum Vergleich auch nur die Gesamtzahl der zum Werkstättenbereich gehörigen Lokdienststempflinger in Verbindung dazu mit den gezahlten Löhnen herangezogen wird.

Diese Momente allein können nicht ausschlaggebend sein; zum mindesten müßte doch eine Spezifizierung der geleisteten Arbeitskräfte und ganz besonders müßten die geleisteten Stundenziffern angegeben sein. Die Stundenziffern selbst müssen auch wieder getrennt danach aufgeführt werden, damit zum Ausdruck kommt, welche Zeit auf die Reparatur der Fahrzeuge, und welche Zeit für Bauten, Werkzeugschneiden, Geräte und dergl. aufgewendet worden ist. Es ist merkwürdig, daß die Kurven eine derartig genaue Detaillierung nicht aufweisen, obwohl in den Werkstätten die Unterlagen dazu doch vorhanden sind, wenn ihnen auch nur beizuhaltender Wert zugemessen werden kann.

Die Aufzeichnungen in den Werkstätten, die bei den Werkführern beginnen, sollen — den Vorschriften gemäß — nach bestimmten Gesichtspunkten notiert werden. Es soll daraus hervorgehen, an welchen Arbeiten der einzelne Arbeiter beschäftigt war. Daß es nicht gerade genau mit diesen Aufzeichnungen genommen wird, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Es ergibt sich somit daraus, daß diese Ziffern in ihrem Werte nicht voll vergleichbar sind. Das hätte das Ministerium doch nicht dulden sollen, die geordneten Stundenziffern detailliert als Grundlage der Leistungsübersichten zu benutzen, denn noch weniger vergleichbar sind die absoluten Ziffern der Fahrzeugausgangs und die allgemeine Arbeiterzahl; von völlig negativem Werte sind die Schaulinien über die Lohnsummen, ist es doch bekannt, daß bis vor kurzem die Eisenbahner überaus dürftige Löhne bezogen haben.

Aus der hohen Ziffer der monatlich reparierten Lokomotiven und Wagen geht im übrigen doch absolut nicht hervor, welche Arbeiten an diesen Fahrzeugen geleistet wurden und von welcher Qualität diese Arbeiten wären. Wie sehen nun die Leistungsübersichten aus, die von den geleisteten Tagestunden oder Arbeitsstunden ausgehen? Nachfolgende Aufstellung gibt darüber einen Aufschluß. Die Leistungen im Werkstättenamt Grunewald betragen danach:

Arbeitsjahr	Arbeitskräfte	Arbeitsleistung	Lohn	Zahl 1914 = 100 gesetzt	
				Arbeitsleistung	Lohn
Juli 1914	1175	80 804	80	100	100
1915	922	29 015	59	142,644	75,5
1916	922	31 900	63	150,001	84,4
1917	1268	32 994	39	256,906	102,4
1918	1562	38 797	34	361,270	132,9
1919	1568	42 226	46	387,574	138,5
1920	1580	43 058	34	402,499	134,6
1921	1639	39 986	40	364,935	133,8
1922	1711	34 272	34	300,318	111,2
1923	2511	52 308	44	793,465	213,7
1924	2734	50 998	58	887,939	232,7
1925	2869	66 456	49	1129,956	243,7
1926	2860	63 284	51	1055,464	243,8
1927	2936	63 696	29	1007,634	250,0
1928	2894	76 531	35	1802,733	247,0
1929	2935	51 366	23	864,242	250,0
1930	2770	54 344	47	948,940	236,2
1931	2775	75 458	47	1328,959	236,2
1932	2789	61 654	55	1042,537	235,6
1933	2740	62 378	39	1050,553	233,6
1934	2774	76 047	27	1237,181	234,0
1935	2663	54 732	43	890,951	226,6

Die von den Werkstättenämtern geführten Schaulinien führen allerdings nun nicht die Gesamtzahl der Arbeiter nach der Arbeiterliste an, wie sie in dieser Aufstellung erscheint, es werden vielmehr davon die Kranken, Kommandierten usw. in Abzug gebracht. In den Schaulinien mitenthalten aber ist die Zahl der Beschäftigten, die in der Werkstätte Grunewald im Juli 1914 sich auf circa 80 stellte, jetzt aber auf 309 angewachsen ist; in der obigen Aufstellung sind die Erlöse ebenfalls mitenthalten. Weiter muß erwähnt werden, daß gegenwärtig auch noch 60 Frauen in der Werkstätte beschäftigt sind, die 1914 nicht vorhanden waren, die aber sowohl in den Schaulinien als auch in unserer Aufstellung mitenthalten sind. Zu den geleisteten Tagestunden ist zu bemerken, daß in dieser auch jetztlicher Urlaub mit Bezahlung mitenthalten ist, der jetzt in weit höherem Maße infolge der Demobilisierung getätigt werden muß.

Die Steigerung der Tagestunde kann somit nicht genau als den Tatsachen entsprechend angenommen werden. Wie sehen nun aber die Leistungen aus? Um den Vergleich der Ziffern zu erleichtern, sind die Ergebnisse vom Juli 1914 = 100 gesetzt

worden, worauf nun die Zu- und Abnahme faßbar. Es sind auch von amtlicher Seite gewisse Vergleichszahlen aufgestellt worden, in denen man zum Ausdruck bringen will, wie viel Mehrzeit die Reparaturen an den Fahrzeugen erfordern gegenüber der normalen Friedenszeit.

Bei Lokomotiven hat man im allgemeinen dieses Maß mit 80 Proz. veranschlagt. In diesen 80 Proz. soll zum Ausdruck kommen 1. die verminderte körperliche Arbeitsleistungsfähigkeit, 2. der schlechte Zustand der Lokomotiven, 3. der Mangel und die schlechte Beschaffenheit des zu verarbeitenden Materials. Fern Sachkenntnis wird es ohne weiteres einleuchten, daß dieses Mehr von 80 Proz. nicht zu hoch bemessen ist. An Hand der Tagestundenziffern könnte man somit ein gewisses Arbeitsmaß berechnen. Für die Werkstätte Grunewald ergibt sich danach der Lokomotivenfolgebild, wobei nur ein Plus von 75 Proz. berechnet wurde:

	Arbeits-soll	Arbeits-leistung	+ od. -
Januar 1919	94,3	126,7	32,4
Februar	129,4	163,8	39,9
März	118,9	170,0	51,1
April	99,4	96,7	- 2,7
Mai	141,7	116,7	- 25,0
Juni	93,7	76,7	- 17,0
Juli	101,6	105,7	35,1
August	140,0	156,7	16,7
September	114,2	133,8	19,6
Oktober	115,4	120,0	4,6
November	140,6	90,0	- 50,6
Dezember	101,9	143,8	41,4

Insgesamt ist also im Jahre 1919 in vier Monaten das rechnermäßige Soll nicht erreicht worden. Juleys war dies im November der Fall, was in der größten Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß in den kalten Tagen die Temperatur in der Montagehalle zuweilen bis unter 0 Grad gesunken war. Weiter spielt seit Oktober eine recht unpraktische Zugverbindung eine recht wesentliche Rolle, wodurch tägliche Verspätungen für einen Teil der Belegschaft von einer halben bis zu einer Stunde unvermeidlich waren. Auf die Leistungen im Wagenbau braucht nicht besonders eingegangen werden, da hierfür keine Anlagen erhoben werden.

Parteigenossen und Genossen! Sonntag, vormittags 9 Uhr, in Berlin und Vororten wichtige Flugblattverbreitung.

Treffpunkt in den Bezirkslokalen. Parteigenossen und Genossinnen, beteiligt Euch zahlreich an dieser Flugblattverbreitung. Es gilt, Klarheit zu verbreiten über die Schäden des Sozialismus, die darin liegen, wenn Parteifanatismus und Phrasen über die Vernunft siegen. Keiner darf fehlen! Der Bezirksvorstand.

Es ist doch aber merkwürdig, daß in einer Eisenbahnwerkstatt im Lokomotivbau schlecht und im Wagenbau gut gearbeitet werden soll. Jedem Sachkenner dürfte bekannt sein, daß jeder Handwerker froh ist, wenn er bei der leichteren und weniger schwierigen Wagenreparatur beschäftigt ist. Die Gründe für den notorischen Lokomotivmangel müssen doch anderer Natur sein. Es verlohnt sich nicht, sie immer wieder zu nennen. Auf keinen Fall bringen aber die Leistungsschaulinien diese Gründe hervor, da, wie genügend ausgeführt, dieselben auf viel zu primitiven Grundlagen basieren. Den Schaulinien selbst liegt eine klare Tendenz zugrunde. Besagt doch die Ministerialverordnung, die die Anweisung zu solchen Kurven gibt: „... um den größeren Einfluß der Einführung des 8-Stunden-Tages, des Zeitlohnes und der erheblichen Vermehrung der Arbeiterzahl auf die Wirtschaftsführung und die Leistungen der Werkstätten deutlich erkennen zu lassen.“

Auf Grund derartiger unzulänglicher und dazu noch tendenziös aufgemachter Kurven wurden nun 18 Werkstätten geschlossen, und weiter sollen sie als Beweis der Notwendigkeit der für den Eisenbahnwerkstättenbetrieb unumgänglichen Akkordarbeit gelten. Einen Erfolg für das Verkehrswesen und somit für das Wirtschaftsleben kann sich aber ein niedriger und ruhiger Beurteiler von den nun getroffenen Maßnahmen nicht versprechen.

Leichtfertige Beschuldigungen. Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes werden wir um Aufnahme folgender Erklärung ersucht: Das Mitglied der Preussischen Landesversammlung Kiebel hat kürzlich in einer Sitzung der Landesversammlung Beschuldigungen gegen die in der Hauptwerkstätte Grunewald beschäftigten Arbeiter erhoben, die in einer uns zugegangenen amtlichen Erklärung als unwahr bezeichnet werden. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die in der Preussischen Landesversammlung (110. Sitzung vom 2. Februar 1920) von dem Abgeordneten Kiebel aufgestellten nachstehenden Behauptungen:

1. in der Hauptwerkstätte Grunewald betrieben sich die Arbeiter die Zeit mit Wandharmonikaspiel und dergleichen,
2. nach einem Vertreter des Ministeriums sei ein Streikbolzen geworfen oder sonstige eine Belästigung erfolgt,
3. anlässlich der Demonstration vom 18. Januar 1920 sei von dem Schwann des Kontrollausschusses erklärt worden, wer nicht mit vor den Reichstag geht, wird entlassen,

treffen für die Hauptwerkstätte Grunewald nicht zu.

Der Vorstand des Eisenbahnwerkstättenamtes, G. J. Nellen, Colpahl, Der Kontrollausschuss, G. J. A. Preul, K. A.

Angefaßt dieser Erklärung können wir dem Abgeordneten Kiebel den Vorwurf nicht ersparen, daß er, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, seine Anschuldigungen mindestens sehr leichtfertig erhoben hat. In einer Zeit, wo die öffentliche Meinung, ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben, ziemlich schroff gegen die Eisenbahner Stellung nimmt, sollte der Führer einer Eisenbahnerorganisation sich wirklich davor hüten, neue beweislose Behauptungen aufzustellen.

Groß-Berlin Nordtät eines Geisteskranken.

Am Donnerstag vormittag spielte sich in dem Hause Lillster Str. 7 eine furchtbare Untat ab. Dort wohnt der 43 Jahre alte Fickler Ernst Döbeler mit seiner Familie. Döbeler, der seit Jahren stark dem Krante ergeben ist, war vor längerer Zeit bereits in einer Heilanstalt, aus der er schließlich als geheilt entlassen wurde. Der Mann war immer ruhig und still, selbst wenn er geistigen Getränken stark zugesprochen hatte, was sehr oft der Fall gewesen sein soll. Gestern vormittag fiel er plötzlich über seine Frau her und würgte sie so stark, daß der Tod eintrat. Als das

fängste Kind, ein achtjähriges Mädchen, mittags aus der Schule zurückkam, führte der Vater es in das Zimmer und warf es auf das Sofa, auf dem die tote Mutter lag. Als das Kind anfing zu schreien, packte er es am Hals, entleerte es und trug es die Treppe hinunter. Dabei begegnete beide der 13jährigen Tochter, der es gelang, die Schwester aus den Armen des Vaters zu befreien. Beide Kinder flüchteten dann von dem Vater verfolgt, der ihnen nachrief: „Ich bekomme Euch doch noch, Ihr müßt auch sterben!“ Die älteste Tochter alarmierte die Polizei, von der sich Döbeler ruhig abführen ließ. Er war völlig teilnahmslos und gab auf die Fragen der Beamten keine Antwort.

Wiederbelebungsversuche am Frau Döbeler waren leider erfolglos. Ihre Leiche wurde dem Schauhause zugeführt.

Eine Steuerberatungsstelle in Berlin.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, welche die Errichtung einer städtischen Steuerberatungsstelle vorseht.

Vergessene Beamte?

In überaus traurigen Verhältnissen befinden sich die beim Berliner Polizeipräsidium beschäftigten Hilfskriminalbeamten. Das preussische Finanzministerium hat für die Tätigkeit dieser Leute für Unberührte 200 Mark und für Verheiratete 300 Mark monatlich einschließlich sämtlicher Zulagen ausgeworfen. Bei diesen Jammerlöhnen bleibt den Hilfskriminalbeamten nur übrig, zu verhungern oder — bei Ermittlung von Gehaltsüber tretungen beide Augen auszubringen und Schamergelder anzunehmen. Beide Möglichkeiten sind für unser Ansehen gleich beschämend.

Vorzugskurse für Heimkehrer

für die Zeit vom 5. Februar bis 8. Februar 1920:

Amerika	England	Frankreich	Belgien	Holland	Ind.
Koten 92	Sched 88	Koten 285	Sched 295	Koten 650	Sched 630
				Koten 680	Sched 600
				Koten 3675	Sched 3300

Wem gehört die Rente? Bei seinen Ermittlungen über die verschiedenen Diebstähle von Rentenbescheiden ließ Kriminalkommissar Trettin auf eine sehr wertvolle Rentenbescheide. Der Festher erklärt, daß er sie am 12. v. M. an der Postkassette des Bürgersteiges vor dem Ausgang der Michaelskirche unmittelbar nach der Trauung des Grafen Hohenthal gefunden habe. Ob die Rente und ihr Verlust irgendwie mit dieser Hochzeit in Verbindung steht, ließ sich noch nicht feststellen. Sie wurde beschlagnahmt und kann im Zimmer 62a des Berliner Polizeipräsidiums beschlagnahmt und von dem rechtmäßigen Eigentümer abgeholt werden.

Eine blutige Eifersuchtszene spielte sich Donnerstag in dem Hause Widinger Nr. 6 ab. Der Raschist Hermann Bänisch glaubte, daß seine Frau es mit der eckigen Kreuze nicht genau nehme und sich hinter seinem Rücken mit dem Untermieter, dem 24 Jahre alten Kaufmann Wilhelm Reuwirt einlasse. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Rivalen, in deren Verlauf Reuwirt auf Bänisch mehrere Schüsse abgab und ihn so schwer traf, daß er zusammenbrach. Der Schwerverletzte mußte nach dem Krankenhaus Roßthi gebracht werden. Reuwirt stellte sich der Polizei.

Auf der Flucht erschossen wurde am Donnerstag morgen der 43 Jahre alte Arbeiter Franz Schröder. Er wurde mit einem angehenden Wirt auf dem Grundstück Kurfürstendamm 45 von dem Förster bei einem Einbruch überfallen. Beide ergriffen die Flucht. Der Förster verfolgte sie und machte am Reichsmarinens den Wirtsposten auf die Fliehenden aufmerksam. Dieser schob hinter ihnen her, als sie auf seinen Anruf nicht stehen blieben, und traf Schröder ins Herz, so daß er tot zusammenbrach. Der Vogeleiter gab sich darauf gefangen.

Selbstmord eines Offiziers. In einem Bierhaus in der Charlottenstraße hat sich am Donnerstag der Leutnant Willy von Bergen auf der Toilette erhängt.

Betriebsdirektoren. Heute Kurus A (4-6) Kbg. Vember, Kurus B (6-8) Dr. Hoff.

Kolleg. Streitende in der Damentafel? Heute Freitag, vormittag 10½ Uhr, findet im Gemischthaus, Engelstr. 15, eine Versammlung der Streitenden statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Streitfrage und Beschlußfassung über weitere Maßnahmen. Erscheinen ist Pflicht!

Charlottenburg, Stadtverordnetenversammlung. Für die Instandsetzung der Schwefelröhren im Bürgerhaus wird eine Nachbewilligung von 20 000 M. gewährt. Ferner wird der Berliner Verwaltungs-Akademie für das Betriebsjahr 1920 ein Betrag von 2500 M. überwiesen. Die Vorkosten für den Kronenboulevard-Sophie-Uberleitungsstraße soll um 20 v. M. mehr werden. Die erforderlichen Kosten in Höhe von 105 000 Mark werden bewilligt. Ebenso wird eine Nachbewilligung von 4100 M. für die Fortbildungsschule beschlossen. 2000 M. sind für Lernmittel zur Verabfolgung an unbemittelte Schüler bestimmt. Die Vorlage über Bewilligung von Stipendien und Geldern an die Besitzer des Onkophoren und Reineigungsamtes wird dem Magistrat zur Entscheidung überwiesen. Die Vorkosten für die Beschaffung der Beschäftigten des Kreisvereinsamtes gehen an einen Auswahlgeld. Für die Angestellten des Jugendheims und der Volkskinderkassen werden Feuerungszulagen bewilligt. Es kommen 15 Pensionen, für die insgesamt 1500 M. ausgeworfen wurden, in Betracht. Der Vorlage betreffend Neuregelung der Vergütung für die Hilfskräfte an den städtischen Schulen wird einstimmig zugestimmt. Der Antrag auf Schaffung einer städtischen Beratungsstelle wurde von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt werden, weil ihre Wünsche, insbesondere die Forderung, die Aufteilung in dieser Beratungsstelle einem gewerkschaftlichen und sozialpolitisch erfahrenen Arbeiterkreise übergeben zu werden, in keiner Weise berücksichtigt wurden. Für die Kriegshinterbliebenen wurde eine Feuerungszulage von insgesamt 200 000 M. zur Verfügung gestellt, bei deren Verteilung besonders die Waisen und Kriegseltern zu berücksichtigen sind.

Der Antrag auf Haftentlassung des Arbeiterrates Herzog, welcher anlässlich der Vorgänge am 13. Januar zum Streik in den Gaswerken aufgefordert hatte, wurde abgelehnt. Die Gründe, weshalb Herzog in Schubhaft genommen wurde, sind nicht bekannt. Der Oberbürgermeister Dr. Holz teilte mit, daß er sich in einem Schreiben an das zuständige Polizeipräsidium bereits um die Haftentlassung des Herzog bemüht habe. Anschließend wird ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, welcher für März 1920 die Aufhebung der unteren Klassen der Vorschulen in den höheren Lehranstalten für Mädchen und der Erbschaftsschule fordert. Die Weiterbewilligung von Straßendamm-Abonnements wird aufgehoben und dafür eine monatliche Pauschalsumme von 20 M. für Hausgelder gewährt. Zum Schluß wird ein Antrag der unabhängigen Fraktion abgelehnt, welcher den Magistrat ersucht, bei den zuständigen Behörden auf sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes und der Aufhebung des Zeitungsverbot's hinzuwirken. Bei der sehr lang ausgehaltenen Debatte werden vom Genossen Heilmann in wirksamer Weise die Ausführungen der Unabhängigen bekämpft. Die Demokraten beschränken sich auf die Abgabe einer Erklärung.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Fidello.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Räuber.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Die Sendung Semais.
Sbd. 7 1/2: Und Pippa tanzt.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Die deutsche Kleinstädter.
Sbd. 7 1/2: Büchse der Pandora
Gr. Schauspielhaus
Karlsruhe.
7 1/2 Uhr: Hamlet (2. A., 2. A.)
Sbd. 7 1/2: Hamlet (100. Ab.)

Theater i. d.
Königsgräberstraße
1 1/2 Uhr: Schloß Wetterstein
Sonnab. Schloß Wetterstein
Sonnab. nachm.: Erdgeist.
Abds.: Stützen d. Gesellschaft

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: „Sieg“
Sonnab.: Das Instanzenkind.
Montag: „Sieg“
Montag: Das Instanzenkind.

Berliner Theater
7 15 Uhr: **Bummel-Studenten**

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus
Martba.
7 Uhr: **Die Tribüne**
Franziska.
Eden-Theater
7 1/2 Uhr: **Helenens Chämänner.**
Friedr.-Wilhelmstr. 74.
7 1/2 Uhr: **S. Hobeit der Dieb.**
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: **Die uneheliche Frau**
Komische Oper
7 20 Uhr: **Dichterliebe.**
Stg. 3 1/2: **Schwarzwalddel.**
Lustspielhaus
Arnold Rickle in:
7 1/2 Uhr: **Der Großstadt-Kavaller**
Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill**
Stg. 3 Uhr: **Charleys Tante**
mit Thielischer
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: **Die kleine Hobeit.**
Stg. 3 1/2: **Die keusche Susanne.**
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: **Die Tür ins Freie.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Die närrische Liebe**
mit Oskar Sabo u. G.
und Ferry Siska u. O.
Th. am Nollendorfplatz.
7 1/2 Uhr:

Der seltsame Theater
7 1/2 Uhr: **Die Frau im Bermellin**
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Stg. 3 1/2: **Die lustige Witwe.**
Wainer-Theater
7 15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Stg. 3 1/2: **Opferteil**
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Csárdásfürstin.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Evchen Humbrecht.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonnab. 4 Uhr, kleine Preise:
Der gute Rat.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Femina.
Sonnab. 4: Hansel und Gretel.
Sonnab. 4 Uhr, kleine Preise:
Johannistuer.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Seine zweite Frau.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Predigt in Litauen.**
Sbd.: **Der Liebestrank.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Peer Gynt.**
Sonnabend 7 1/2: **Pygmalion.**
Sonnab. 7 1/2: **Pygmalion.**

Deutsches Künstler-Theater
Altmarkt 7 1/2:
Die Marquise von Arcis.
(Konstantin, Servaes, Straßmann-Witt, Veidt).

Olympia-Theater
(früher Voigt, Badstr. 59)
Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Der Vampyr von London.
Detektivdrama in 4 Akten.
In Vorbereitung:
Polnische Wirtschaft.

Casino-Theater
Lithingerstr. 37. Tägl. 7 1/2, 8 U.
Letzter Monat
Seit November aufgeführt:
Schnepfels Lene!
Der Schläger aller Pussen
Neue Februar-Spezialitäten.
Sonnab. 7 1/2: **Die Wunderkur.**

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlsruhe, Schiffbauerdamm.
Gastspiel Ise Bois
Mady Christians
Paul Graetz
v. Twardowski
Friedr. Hollender
Orga Joack
Hubert von Meyerinck
Karikaturfilm „Walter Triller“
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

UFA THEATER UFA

Die Herrin der Welt

Kammerlichtspiele
4 Wochen-Zyklus
Vom 6. bis 9. Febr. 1. Teil:
Die Freundin des gelben Mannes
Männl. Hauptrolle: **Michael Bohnen / Henry Sze**
Vom 10. bis 12. Februar 2. Teil:
Die Geschichte der Maud Gregards
Hauptrolle: **Mia May / Hans Mierendorf**
Künstlerische Oberleitung **Joe May**

U.F. Kasselerstraße 10
6. Teil: **Die Frau mit den Milliarden**
Männliche Hauptrolle: **Paul Hansen**
Regie: **Uwe Jens Krafft**
U.F. Alexanderplatz, Weinbergsweg 10, Schönberg
7. Teil: **Die Wohltäterin der Menschheit**
Mia May / Hans Mierendorf
Paul Hansen / Ernst Hofmann
U.F. Kurfürstendamm 75, Nollendorfplatz 4, Friedrichstr. 100
8. Teil: **Die Rache der Maud Gregusson**
Mia May / Hans Mierendorf
Ernst Hofmann

Moartsaal
Der letzte Hohenhaus
Schauspiel mit
Margarete Neff / Leo Peukert

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-72a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee.
empfehlen gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
134 Musterräume. Lagerraum 6000 qm. gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands
Besichtigung lobend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

Früheinstrollen
Kakao
Schokoladen
Pralinen
Engl. Drops
Tee
Malermehl
Reis
Reisflocken
Weiße Bohnen
Bunte Bohnen
Grüne Erbsen
Gelbe Erbsen
Linsen
Bananenmehl
Malsmehl
Liköre
Zigarren

F. P. A. Kaufmann,
Berlin S 14,
Wallstraße 53/54.
Engros. Detail.

Freihändiger Verkauf
aus Nachlaß Tempelhofer Ufer 32, II links.
Stollenschrank, Mahagoni-Prüfertafel
(Nach-Emire-Stil), Wiedermeier-Spiegel, zwei
Fautouils, zwei große Küchenchränke,
diverse Bilder und Uebergardinen, viele
Rippen und andere Haushalt-Gegenstände.
Besichtigung: Sonnabend, Sonntag, Montag
10 bis 1 Uhr.

Achtung! Achtung!
Silbergeld! Goldmünzen!
zahl staunend
überbietend
für größere Posten Extrabehaltung.
Krause, Gold-
waren N. Gartenstr. 105-6.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soffman
2 Uraufführungen 2

So ein Mädels
Komödie in 2 Akten.
Hauptrolle:
Hella Moja
Harry Liedtke

Türkische Treue
Drama in 4 Akten.
Nach einer wahren
Begebenheit aus dem
Lande des Halbmonds

Circus Busch
Heute sowie tägl. 7 1/2 Uhr:
Neue Febr.-Spezialitäten
u. a.: **3 Urbanis.**
9 Uhr: „Aphrodite“.

Winter-Garten
Täglich 7 15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichhalt.-Theater
Jeden Abend 7 1/2 und
Sonnab. 7 1/2 Uhr:
Stettiner Säng.
Reduzierte
Eintrittspreise

BTD
Potsdamer Str. 28
Uraufführung
Bruno Kastner
im Abenteuerfilm
Der letzte
Sonnensohn.
Turnstr. 12
Nur noch bis Montag
Der Rabbi
von Pann-Fu
1 Teil d. gr. May-Films
Die Herrin der Welt.

UFA
Lichtspiele
TauentzienPalas
Das Grandhotel Babylon
mit
Max Landa
und
Hanni Weisse
Regie: E. A. DUPONT

Wochentags 7 und 8 U.
Sonnab. ab 4 Uhr nachm. 4 Vorstellig.
Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bülowstr.

Das Lied der Tränen
Maria Widal
Die Else vom Erlenhof

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Nankowitzerstr. 9
Taubentzen-
str. 18 A.

Platin
Gold, Silber, Münzen und Bruch,
Brennspitzen, Kontakte, Schmud-
gegenstände, Silberbesteck, Sued-
faser kauft höchstzahlend jeden Posten
Edelmetall-Einkaufsbureau
Heinrich Trapp,
Kommandantenstraße 20 I, II (S. 5722.)

Umlernen
muß heute die
ganze Welt, je-
doch gar mancher
wird davon be-
sonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen
Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen
Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine
bessere Stellung zu verschaffen, bietet die Methode Rustin
(5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als
Mitarbeiter), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter ameri-
kanischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen
Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb.
Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfe, Bankbeamte,
Ein-Preis-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgym., Oberreals-
schule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschule, Berufsschule, Zweite
Lehrerprüfung, Handelswissenschaftler, Landwirtschaftsschule,
Ackerbau, Präparand, Konservatorium, Ausführl. 60 S.
starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen
im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postl. 224

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinstiltzähne von 12,25 - 100 Mark,
doch nicht unter 12,25 M. pro Zahn,
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 225 Mark pro Gramm
Gold, Silber, Geräte, Schmuck-
sachen und Juwelen kauft zu
den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 8 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

ohne Berufsführung be-
fähigen Haut-, Darm-
u. Unterleibsleiden,
wo alles andere ergriffte
keine Einwirkungen.
Natura-Institut. Verlässliche
Leistung.
Blücherplatz 3 (direkt am Hallischen Tor).
Sprechstunden von 10-12, 4-8 Uhr u. Sonntags 11-1 Uhr
Diät-, Horn-, Sputum-Analysierungen usw.
Verlässliche Beratung oder schriftliche Auskunft kostenlos

Rupier ... per kg 17,50
Kupfer 13,50
Messing 8,50
Blei 5,50
Zinn 4,50
Zinn ... per kg bis 40,00
Weißlager per kg 24,00
„Metalleinkauf“
Schulzendorferstr. 2.

Hochgradig abgemagerte
Personen
(während des Krieges), die
noch Photos aus letzten Jahren
haben, wollen sich melden
Köthener Str. 44, II. Stockw

Stellenangebote

Montiererrinnen
auf Telefon-Apparate sowie
Arbeitsburschen
unter 16 Jahren werden sofort
eingestellt.
A. G. Hix & Genest,
Berlin-Schlödenberg, Geneststr. 6

**Bureau-Maschinen-
Mechaniker**
mit allen Sorten versandt.
per sofort gesucht. 159/15
Mogge & Wallis, Hannover
Georgstr. 7.

Silberarbeiter,
speziell auf Silberschmelz-
arbeiten
30/1

Heimarbeiter
bei hohem Gehalt gesucht.
Schneeling, Nimsburger Str. 18

Tüchtiger Rundschleifer
für Präzisionsarbeit gesucht.
Angebote mit Angabe der bisherigen Beschäftigung
sind zu richten an die Expedition dieser Zeitung
unter N. 47.

Rock- und Sakkoschneider
erhalten außer dem Hause für Tarif II sofort Beschäftigung.
— Meldungen von 9-12 1/2 Uhr.
A. Wertheim G. m. b. H.,
Königsstr. 31/32.

Für eine große
Konditorei
wird ein Konditormeister bei gutem
Einkommen gesucht. Derselbe muß befähigt sein,
ein großes Personal zu leiten, über umfangreiche
Fachkenntnisse verfügen, sowie mit der Kalkulation
vertraut sein. Nur Herren, welche über prima
Referenzen verfügen, wollen schriftliche Angebote
mit Zeugnisabschriften unter G. 47 an die Expe-
dition dieses Blattes einreichen.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt Botenfrauen ein in den Ge-
schäftsstellen:
146/18*
Lindenstr. 3, 2. H. pt., Prinzenstr. 31, Lausitzer
Platz 14/15, Petersburger Platz 4, Ackerstr. 174,
Wattstr. 9, Markussr. 36, Immanuelkirchstr. 24,
Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg,
Seelenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101. — Lichten-
berg, Boxhagener Str. 62. — Neukölln, Necker-
straße 2, Siegfriedstr. 25/26. — Wilmersdorf,
Gastener Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinz-
straße 36.

Goßweilers Produktionssystem.
Für den Vorstand des Direktoriums der Internationalen Vereinigung der
Goßweilerner E. V. wird von uns
hervorragende Kraft gesucht.
Männer, die erkannt haben, daß die soziale Frage nicht durch Erlösung
der radikalen Wünsche von unten oder oben, von rechts oder links gelöst
wird, sondern daß nur die gerechte Regierung der wirtschaftlichen Verhältnisse
aller direkt oder indirekt an der Produktion Beteiligten, vom Handarbeiter
bis zum Großunternehmer, vom Gemeindeführer bis zum höchsten Staats-
beamten, von dem mit geringster Leistung bis zur höchsten Kapazität der
freien Berufe nach dem von Kommerzrath Goßweiler aufgestellten Grundsatz
Allen Gleichen das Gleiche
die Lösung der wirtschaftlichen und damit der sozialen Frage herbeiführen
kann, finden durch Uebernahme des Postens **bedeutungsvolle Lebensaufgabe.**
Nur solche Persönlichkeiten können in Frage, die schon große politische
oder wirtschaftliche Bewegungen ins Leben gerufen und nach Kenntnis von
Goßweilers Produktionssystem den Mut haben, die Führung von wirtschaft-
lichen oder politischen Gruppen aufzugeben und durch Propagierung von
Goßweilers Produktionssystem a) eigenen die Erkenntnis, daß die soziale Frage
nicht durch Regelungen gleich welcher Form oder durch Gesetzgebung gelöst
werden kann und daß Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus oder Anar-
chismus keine wirtschaftliche Berechtigung haben, zu verbreiten und dadurch
den in allen Klassen zum Wahnsinn getriebenen Egoismus des einzelnen oder
ganzer Gruppen abzuhauen und so den Boden für die praktische Durch-
führung von Goßweilers Produktionssystem, mit der bereits begonnen ist,
auf der ganzen Erde vorzubereiten.
Privatsekretariat des Kommerzrath Goßweiler, Weilerhirsch b. Dresden,
Ringstraße 14.

UFA PALAS AM ZOO

Täglich mit großem Beifall!
Carmen
Titel-
rolle: **Pola Negri**
Regie: **Ernst Lubitsch**

Wochentags 7 u. 9 Uhr
Sonnab. 4, 6, 8 Uhr
Vorverkauf 11-1 (ohne Aufschlag)

Morgen fällt wegen der Wohltätigkeits-
veranstaltung die Kinovorstellung aus

zu dienlicher Geheimhaltung der Sache nicht bestand, im Gegen-

teil!
Diese Verhöhnung der Republik übertrifft alles Dagewesene. Das Reichswehrministerium wird nicht nur sofort diese Kundigungen rückgängig zu machen, sondern die maßregelnden Stellen zur strengsten Verantwortung zu ziehen haben. Andernfalls ist der Einbruch nicht von der Hand zu weisen, doch der republikanisch gekleidete Soldat in der heutigen Reichswehr recht- und schutzlos ist, sobald er die monarchistischen Rebergriffe seiner Vorgesetzten nicht schweigend duldet.

Die Sozialdemokratie für die Pensionäre.

Nur der jetzigen Ausrüstungsverhältnisse leiden die Pensionäre und Alterspensionäre ganz besonders. Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung stellt deshalb folgenden Antrag:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
Die Regierung zu ersuchen, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ansprüche der Alterspensionäre, Pensionäre der unmittelbaren und der mittelbaren Staatsbeamten und deren Hinterbliebenen neu geregelt werden.
Hoffentlich wird dieser Gesetzentwurf bald vorgelegt und zwar in einer Form, die den Pensionären die von ihnen erhoffte Erleichterung ihrer Notlage schafft.

Anordnung oder Richtlinie?

Ein agrarisches Verzerrungswanderver.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für Pommern, der bekannte Landbändler Freiherr v. Wangenheim, gibt folgendes bekannt:

Der von der Presse veröffentlichte Erlaß des Herrn Reichswehrministers über die Aufhebung der Andingungen hat in der pommerschen Landwirtschaft berechtigte Unruhe hervorgerufen. Die Landwirtschaftskammer ist vor Herausgabe dieses Erlasses ebenfalls gehört worden, wie andere landwirtschaftliche Körperschaften anderer Provinz. Die Frage nach dem für den Erlaß maßgebenden Unterlagen ist nicht befriedigend beantwortet (s. Red.) worden. Indessen ist von amtlicher Stelle die Auskunft erteilt worden, daß die Pressenachrichten insofern irreführend seien, als es sich nicht um eine drohende Anordnung des Herrn Reichswehrministers handelt, sondern nur um Richtlinien für das Wehrkreiskommando. Ich kann deshalb die Hoffnung auf eine gerechte Ausführung des Erlasses noch nicht aufgeben und bitte die pommerschen Landwirte, in ihrer bisherigen bewiesenen Besonnenheit die weiteren Maßnahmen abzuwarten.

Diese Bekanntmachung des Freiherrn v. Wangenheim kann nur als ein Versuch der Irreführung aufgefaßt werden. Der Erlaß des Genossen Kofke ist vollkommen klar, nichts deutet in seinem Wortlaut darauf hin, daß es sich nur um Richtlinien für das Wehrkreiskommando handelt. Der Versuch der Junker, den ihnen unbecommenen Erlaß aus der Welt zu lägen, muß mit allen Mitteln vereitelt werden.

Massenkundigung in Solingen.

Solingen, 5. Februar. (WZ) Der Verband Solinger Fabrikantenvereine kündigte heute sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 10. Februar mit der Begründung, daß sie ein vertragsbrüchiges Verhalten an den Tag gelegt hätten.

Aus dem besetzten Gebiet.

Der oberste Vertreter des Saargebietes hat, wie die P. R. erfahren, verfügt, daß einzelne deutsche Gelehrte und Berufsleute einzuweisen für das Saargebiet in Kraft bleiben. Es sind dies die Verordnungen über die Wochenhilfe aus Mitteln des Reiches vom 3. Februar 1919 über die Verrechnung und Zahlung der von den Krankenkassen vorausgabigen Beiträge für Wochenhilfe an Wöchnerinnen, sowie das Gesetz vom 26. September 1919 über die Wochenbeihilfe und Wochenfürsorge. Es scheint also doch, daß die Franzosen sich für die besetzten Gebiete die sozialen Fürsorgegesetze des Deutschen Reiches nicht ungern gefallen lassen.

Politische Knebelung der Beamten.

Hensburg, 5. Februar. Die vor einigen Tagen ergangene Bekanntmachung der internationalen Kommission, daß die kommunalen und sonstigen Beamten sich jeder öffentlichen Agitation zu enthalten haben, ist durch eine weitere Bekanntmachung der Kommission vom heutigen Tage ergänzt worden. Danach ist den in Frage stehenden Beamten in Zukunft auch jegliche Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen jeder Art sowie Versammlungen politischer Natur verboten.

Kleine politische Nachrichten.

Beratung des Landessteuergesetzes. Im Ausschuß der Nationalversammlung erfaßte auf einen Antrag Finanzminister Erzberger, daß kommunale Besteuerungen, aber auch kommunale Wohnsteuern mit dem Landessteuergesetz des Reiches vereinbar seien, wenn diese Steuern nicht als Einkommensteuern ausgebaut werden. Für die Entschädigung der Frage, ob durch Landes- oder Gemeindesteuern Interessen der Reichsfinanzen geschädigt werden, steht der Entwurf dem Reichsrat vor. Die Abgeordneten Steff und Blund schlagen an dessen Stelle den Reichstag vor, was auch mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen wurde. Beim § 8 des Gesetzes beantragte Abg. Becker-Olsen, daß die Grund- und Gewerbesteuern von den Ländern nur in einer Höhe bis zu 5 Proz. zulässig sein sollte. Der Antrag wurde abgelehnt. Eine längere Debatte entspann sich über die Vermögenssteuer. Der Entwurf macht eine solche allen Gemeinden zur Pflicht. Abg. Dammell (N.S.P.) wollte diese Steuer überhaupt streichen, Abg. Becker-Olsen wollte sie Gemeinden unter 3000 Einwohnern nicht vorschreiben. Gegen den letzteren Antrag wandte sich Abg. Löhe (S.P.D.) mit dem Hinweis darauf, daß gerade die kleinen Veranlagungen dann in besonderer Weise zu berücksichtigen sind und dort üppig machen. Es blieb bei der Regierungsvorlage.

Ottwig v. Gieseler. Die Verurteilung gegen den Altentführer auf Erzberger sieht, wie der „N.N.“ hört, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Die Anklage wird auf Hochverrat lauten, die Hauptverhandlung vor den Geschworenen am Landgericht I dürfte schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Verlesung kommen. Gieseler bestrittet noch wie vor, daß er Erzberger habe töten wollen. Sein Wunsch sei nur gewesen, Erzberger arbeitsunfähig zu machen und so an weiterer politischer Wirksamkeit zu verhindern.
Schwere Strafen im Industriegebiet. Wegen der am 13. 1. 20 in Sterkrade verübten Plünderungen sind am 21. 1. 20 vom außerordentlichen Kriegsgericht Weisel siebenundzwanzig Angeklagte zu Justizhaus- oder höheren Gefängnisstrafen verurteilt worden. So erhielt der Bergmann Bludau als Mordführer sechs Jahre Justizhaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Außerdem wurden von den Harnboener Plünderern zwei zu je fünf Jahren Justizhaus und je zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, fünfundzwanzig andere zu höheren Gefängnisstrafen. Sämtliche Strafen werden sofort vollstreckt.

Berlins Protest gegen die Auslieferung.

Der Beginn der geistigen Stadtratsverhandlung verzögerte sich um mehr als eine Stunde infolge der Fraktionsberatungen über die Stellungnahme der Berliner zum

Auslieferungsgesetzen der Entente.

Auf 6 Uhr steht eine gemeinsame Sitzung mit dem Kaiserpalast an, zur Wahl eines Mitgliedes des Verbandsauschusses des Wohnungsbundes Groß-Berlin. Erst gegen 6 1/2 Uhr eröffnet der Oberbürgermeister Vermuth diese gemeinsame Sitzung mit folgenden Worten:

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, der tiefen Erschütterung Ausdruck zu versetzen, welche die jüngsten Nachrichten hervorgerufen, und zugleich der Zuversicht, daß uns die Ausführung einer Zumutung erspart bleibt, die kein Volk zu ertragen vermöchte. (Die Versammlung hat sich erhoben und bricht in lebhaften Beifall aus.)

Dr. Fehrl (N. Soz.): Im Auftrage meiner Freunde habe ich gegenüber der eben vorgetragenen Erklärung des Oberbürgermeisters diejenige Erklärung zu wiederholen, die meine Freunde heute in der Preussischen Landesversammlung abgegeben haben. (Redner wiederholt die heute im Abgeordnetenhause von Ad. Hoffmann v. Fallersleben gelesene Erklärung; dieselbe wird an der Stelle „Die Fraktion lehnt jede Verantwortung für die Krise und ihre Folgen ab“ mit Lachen, und bei dem Protest gegen den Druck eines von der deutschen Regierung unterschriebenen Vertrages und bei dem Schlußwort mit stürmischem Widerspruch und Beifall begleitet.)

Heimann (Soz.): Ich muß meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die wenigen einbringlichen und von jedem gutzuheißen Worte des Oberbürgermeisters zu einem Widerspruch in der Form, wie wir das eben gehört haben, führen konnten. Ich habe jedoch der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Regierung alles getan hat, was sie in ihrer so außerordentlich schwierigen Lage tun konnte, um auf dem Verhandlungswege eine Abänderung dieser unerfüllbaren Bedingungen

herbeizuführen. Ich möchte erklären, daß es innerhalb der zivilisierten Welt kaum urchaltbare Personen geben wird, die den Friedensvertrag, wie er einmal ist für ausführbar haben (Zustimmung); Deutschland hat ihn unterschrieben und unterschreiben müssen, um zunächst einmal den Frieden der erschöpften Menschheit in Europa wiederzugeben, aber es hat gleichzeitig vernünftig erklärt, daß alle diese Bestimmungen, so wie sie sind, nicht durchgeführt werden können. Bei diesem Vorgehen wurde die deutsche Politik von der Hoffnung geleitet, daß mit dem Abschluß des Friedens die Leidenenschaften sich mildern und menschliche Erwägungen allmählich wieder die Regierungen beherrschen würden. Diese Annahme ist leider ein Irrtum gewesen. Das Verlangen der Entente nach Auslieferung von Hunderten von Personen, die sich während des Krieges gegen die für die Kriegführung bestehenden Befehle vergangen haben sollen, zur Aburteilung vor fremden Gerichten muß in ganz Deutschland und, wie ich bisher gehofft hatte, ohne Unterschied der Partei tiefen Schmerz und ungeheure Erregung auslösen.

Die Entente verlangt von Deutschland Unmögliches.

Deutschland hat sich bereit erklärt, alle Personen, gegen die genügend Beweismaterial vorliegt, vor seine eigenen Gerichte zu stellen und Verurteilungen der Entente mitzugeben. Einfluß auf den Gang der Gerichtsverhandlungen einzuräumen. Darüber hinausgehendes ist unmöglich.

Wir Sozialdemokraten sind niemals dem Chauvinismus zugänglich gewesen, wir verurteilen ihn in jeder Form, aber gerade weil wir keine Chauvinisten sind, verurteilen wir es, daß eine Nation der anderen, um sie zu demütigen, zu spalten, in ihrer Menschenwürde zu unterdrücken, vor aller Welt den Fuß auf den Nacken

setzt. Wir waren, sind und werden stets sein für den Frieden und für die Solidarität unter den Nationen; aber gerade darum ver-

werfen wir uns nachdrücklich die Form der Auslieferung, die von der Entente verlangt wird und die den Haß und die Erbitterung unter den Nationen nur noch steigern muß. Wir hoffen, daß die zivilisierte Menschheit, daß vor allem auch die klassenbewußte Arbeiterschaft in allen Ländern mit uns in Deutschland den Versuch entgegenstellen wird, alle Voraussetzungen zu zerstückeln, auf denen eine Entartung der Nationen herbeigeführt werden kann, und wir hoffen, daß die Regierung im Besitz mit den dazu berufenen Körperschaften Mittel und Wege finden möge, um Deutschland vor dem unabsehbaren Ansturm zu bewahren, das das Verlangen der Gegner herbeizuführen geeignet ist.

Die Bürgerliche Vereinigung und die Christliche Volkspartei geben durch Koch ihrer Zustimmung über das Verlangen der Entente und über das Verhalten der Unabhängigen Ausdruck.

Cassell bemerkt, daß die Worte des Oberbürgermeisters nicht die allgemeine Zustimmung gefunden haben. Mit dem gesamten Volk teilt er die Empörung über die Unbill und Schmach, die Deutschland angetan sei. Daß man eine solche Zeit der Ängsten und des Schicksals zu Angriffs auf die Regierung verzeihe, sei zu bedauern; daß man aber sofort darauf anspiele, es solle, wenn Verhandlungen nichts nützen, diesem schimpflichen Verlangen stattgegeben werden, das werde als

ein Zeitgeschick in das Gesicht des deutschen Volkes

empfinden werden. (Stürmische Zustimmung.)

Nachdem v. Rehbinder der tiefen Empörung und Enttäuschung auch des Zentrums Ausdruck gegeben, erhält Adolf Hoffmann das Wort. (Die Reden und die Demoskopen verlassen sich auf Koch und Cassell den Saal.) Er lehnt die Zumutung, sich auf die Seite der Regierung zu stellen, ab, da die Regierung nichts getan habe, um diese „Unbill“ abzuwenden.

Heimann, Cassell und Koch erklären, auf eine Erwidmung zu verzichten, um diese tieftraurige Debatte nicht zu verlängern.

In der Wohnungsbundesausschuss wird Pattloch (Soz.) gewählt.

Am 17 Uhr beginnt endlich die Sitzung der Stadtratsordneter. Sib. Zucht (Soz.) hat das Mandat niedergelegt, an seine Stelle ist Rechtsanwalt Lösch getreten. Der dringliche Antrag der N. Soz. gegen den geplanten Ausbau der Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln zu erheben, muß infolge Widerspruch der Rechten und der Demokraten auf die nächste Sitzung verwiesen werden.

Heimann (Soz.) berichtet den Ausschussbericht über

die neue Steuerordnung für Kino- und Theater.

Der Ausschuss hat, um dem dringlichen Finanzbedürfnis entgegenzukommen, dem Magistratsvorschlag prinzipiell zugestimmt und dem Antrag auf Befreiung von der Steuer nur in ganz bescheidenem Maße nachgegeben, andererseits aber, um den Wünschen der Theater und der Theaterbesucher, insbesondere aus den minderemittelten Schichten möglichst zu entsprechen, die vorgeschlagenen Sätze herabzusetzen, zum Teil erheblich herabgesetzt und dem Magistrat die Verfügung zu noch weiteren Zugeständnissen beizulegen empfohlen.

In der Diskussion befeuert Böki (Soz.) in eingehender Darlegung die Annahme der Ausschussbeschlüsse, nach denen von einer Erhöhung der Steuer nicht mehr die Rede sein könne. Auch die übrigen Redner empfehlen die Ausschussvorschläge. Nach wie vor ablehnend verhält sich Zucht (N. Soz.), der dabei betont, daß die Summen durch diese Steuer erhöht werden.

Die Versammlung tritt den Ausschussanträgen bei.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Berichten ohne Debatte wird im Anschluß an eine Forderung für die erste Einlieferung und Auslösung neuer eingetragener Feuerwehmannschaften ein Antrag angenommen, wonach die Bekleidung der uniformierten städtischen Beamten in städtische Regale übernommen und solange das nicht möglich, nur an solche Firmen vergeben wird, die tarifliche Löhne zahlen.

Schluß 10 Uhr. Nächste Sitzung über 14 Tage, da der dringliche Antrag der N. Soz. (s. oben) nach der Erklärung des Sib. Dinge mit Rücksicht auf die bezüglichen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium bis dahin Zeit hat.

In Maschonen ist ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen, an dem sich bisher 3000 Mann beteiligen.

Wirtschaft.

An unser Leser!

Wir haben unter der Rubrik Wirtschaft seit 1. Januar eine große Zahl Mitteilungen aus allen Gebieten der deutschen und der Weltwirtschaft veröffentlicht, die der wirtschaftspolitischen Schulung unserer Genossen, insbesondere der Arbeiterräte dienen sollen. Günstige sind auch oft der Raumangel an der Veröffentlichung wertvollen Materials, so bietet doch das Gebrachte bereits lehrreiche Unterlagen, um sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen. Es genügt aber nicht, die gebrachten Mitteilungen aufmerksam zu lesen, der vorwärtsstrebende Arbeiter muß sie sammeln und nach Stichworten ordnen, denn nicht auf Grund einer Mitteilung, sondern nur durch Beobachtung der Entwicklung, der Entstehung, kann man die Zeitlage richtig beurteilen, das Zufällige von dem der gesetzmäßigen Entwicklung Unterliegenden unterscheiden. Es empfiehlt sich, die Aufschnitte auf Zettel zu kleben, die dann leicht gruppiert werden können, so daß alles Zusammengehörige auch zusammengelegt werden kann. Wer das tut, der wird sich bald ein wertvolles Handarbeitsbuch schaffen, das ihm bei wirtschaftlichen Besprechungen in Veran- und für Referate gute Dienste leisten wird.

Dr. Etz.

Die neuen Eisenpreise.

Gemäß Beschluß der am 4. Februar d. J. in Düsseldorf abgehaltenen Mitgliederversammlung des Deutschen Stahlbundes tritt an der am 23. Januar d. J. vorgeschlagenen Preisänderung ein Zuschlag von 150 M. pro Tonne wegen der Brennstoffsteigerung für Lieferungen ab 1. Febr. d. J. in Kraft. Es kosten demgemäß (alles in Mark) die Tonne:

Halbzug:		Eisenbahnmateriale:	
Rohbleche	3255	Schwere Schienen	2750-2800
Vorgezogene Bleche	3290	und Schwachen	2750-2800
Anker	3295	Gruben- und Feld-	2750-2800
Platten	3330	schienen	2750-2800
		Schienen	3150
		Bormeisen	2620
B-Produkte:			
Stabstangen	2650	Reinbleche, 3-1 mm	4535
Band, O-S-Eisen	2900	Reinbleche unter 1 mm	4560
Stahlbleche	3435	Walzdraht	3150
Mittelbleche	4470		

Der Zuschlag für Siemens-Martin-Qualität beträgt 250 M. pro Tonne. Die Preise für Mittel- und Feinbleche verstehen sich einschließlich 600 M. für teures Halbzug.

Deutsche Werke A. G.

Nach der Liquidation des Krieges sind bekanntlich dem Reich zahlreiche Werke und Anstalten sehr großer Umfang zurückgelassen, für die, entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages, der ursprüngliche Verwendungszweck woglich. In diesem Besitz gehören die bekannten Werke in Kiel und Wilhelmshaven, ferner über 20 Seereswerkhallen, darunter auch die so ausgedehnten Werke in Spandau. Von diesen Werken hängt das Schicksal von Hunderttausenden von Menschen, der Bevölkerung fast ganzer Städte ab. Da die technischen Einrichtungen dieser Werksstätten teilweise hervorragend zur Umstellung auf Friedensarbeit geeignet sind und für die Beschäftigung Beschäftigung gesucht werden mußte, begannen die Verträge mit den bisherigen Nutzern bereits im vorigen Winter. Doch war es erst im Oktober 1919, nachdem die Werke dem Reichsstaatsministerium unterstellt worden waren, möglich, die Umstellung in geordnete Bahnen zu lenken. Regierung und Nationalversammlung wurden sich aber bald darüber klar, daß ein rentables Arbeiten unter bürokratischer Bewirtschaftung nicht erfolgen könne. Der Verbleib der Werke wurde daher von der ursprünglichen hierfür eingesetzten Hauptverwaltung der Reichsbetriebe (Reichsstaatsministerium) auf die nunmehr gegründete Deutsche Werke A. G. übertragen. Diese Gesellschaft ist noch modernem lausammischen Grundriss organisiert. Den Vorstand bilden die Herren Generaldirektor Dr. Otto Reinig, Direktor Adolf Luffen und Direktor Dr. Eugen Koch. Dem Aufsichtsrat gehören neben Vertretern des Reichsstaatsministeriums und Vertretern der Industrie und des Handels nachfolgende Mitglieder der Nationalversammlung an: Koch-Düsseldorf, Vogel-Lübeck, Wieber-Duisburg, Schirmer-Berlin, Köpfer-Berlin, Weidner-Berlin, Spitzke-Berlin, Wieland-Ilmenau, Eggen-Berlin, Stahl-Spandau, Queffen-Berlin, Brühl-Berlin.

Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Mark. Daneben sollen für 300 Millionen Mark Genußscheine ausgegeben werden.

Die Gesellschaft befaßt sich mit dem Bau von Schiffen, Maschinen und mit der Anfertigung von Metallwaren, Apparaten und Holzzeugnissen. Ein Unterschied zwischen der Geschäftsführung der Deutschen Werke und der anderen Kriegesgesellschaften ist nicht vorhanden. Allerdings befinden sich die Aktien und die Genußscheine im Eigentum des Reiches. — Wie wir hören, haben sich die Arbeiterverhältnisse auf den meisten Werken günstiger angelesen, als vielfach erwartet wurde. Versuchen, Vertriebs nach Art der Eisenbahnerverhältnisse in die Produktion zu tragen, wurde durch zeitweilige Schließung einzelner Betriebe rechtzeitig begegnet. Unverkennbar ist bei der Arbeiterchaft im allgemeinen das Bestreben vorhanden, sich durch produktive Arbeit ihre Arbeitshätte erhalten zu helfen. Nachdem das anfängliche Mißtrauen der Privatindustrie überwunden zu werden beginnt, sind auch die meisten Werke bereits mit Aufträgen gesättigt. Katastrophal aber beginnt der Rohstoffmangel zu werden. Der Erfolg der neuen Gesellschaft dürfte wesentlich davon abhängen, nachdem das Parlament ausdrücklich im Aufsichtsrat vertreten ist, daß nicht behördlichermaßen zueinander hinregiert wird, daß man vielmehr die Techniker und Kaufleute wie in anderen Kriegesgesellschaften unter Mitwirkung der Verwaltungen der Arbeiterchaft ungeschont arbeiten läßt.

